

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 3/24. Jg.

Mitteilungsblatt

Oktober 2018

Zu dieser Ausgabe

In dieser Nummer beginnen wir mit der Vorstellung von Ergebnissen unserer am 13. Oktober d. J. stattgefundenen Konferenz „Das Jahr 1948 – die entscheidende Zäsur der Spaltung Deutschlands“, zunächst mit dem Vortrag von Kurt Baumann, der sich mit Bedingungen, Orientierungen, Formen und Resultaten des Widerstandes gegen die imperialistische Spaltung Deutschlands beschäftigt. In der nächsten Ausgabe werden weitere Aspekte des Themas erörtert.

Eckart Mehls legt eine eingehende, Wesenszüge klarstellende und zugleich differenzierende Analyse der PiS-Geschichtspolitik als eines wesentlichen Faktors der ideologischen und politischen Rechtsentwicklung in Polen vor.

Ferner erinnern wir an unsere letzte Veranstaltung in diesem Jahr und informieren über die konkreten Möglichkeiten des Kontakts mit der Alfred Klahr Gesellschaft in Wien.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Kurt Baumann Soziale Not und nationale Frage. Die Hamburger KPD und der Widerstand gegen die Spaltung Deutschlands im Jahr 1948	S. 3
Prof. Dr. Eckart Mehls Zur Geschichtspolitik der gegenwärtig die politische Landschaft in Polen maßgeblich bestimmenden Partei „Prawo i Sprawiedliwość“ (PiS)	S. 19
Veranstaltung des Arbeitskreises 2018	S. 28
Wie erreiche ich die Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft, Wien?	S. 28

Impressum: Die *Geschichtskorrespondenz* erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern/
Interessenten des Arbeitskreises per e-Mail kostenlos zur Verfügung gestellt.

e-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) e-Mail-Adresse
entweder per Mail an obige e-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe
unten) bzw. eine der Kontaktadressen mit.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der
Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die
nächste Ausgabe erscheint Mai 2018.

Kurt Baumann

Soziale Not und nationale Frage.

Die Hamburger KPD und der Widerstand gegen die Spaltung Deutschlands im Jahr 1948 **

Einleitung

"Für das deutsche Volk lautet die Wahl:

Marshall-Plan – oder Deutschland.

Westdeutscher Separatstaat – oder unteilbare deutsche Republik.

Besatzungsstatut – oder Friedensvertrag

Kapitalistische Reaktion – oder sozialer Fortschritt.

Dollarverschuldung und Abhängigkeit vom amerikanischen Finanzkapital – oder eigene deutsche Wirtschaftsplanung und Ausnutzung aller Quellen und Energien.

Absinken in der amerikanischen Wirtschaftskrise – oder Aufstieg aus eigener Kraft.

Einen dritten Weg gibt es nicht."¹

Das verfasste, unter dem Pseudonym J. Schopp, 1948 Josef Schleifstein in einer vom Parteivorstand der KPD herausgegebenen Broschüre über den Marshall-Plan.

Die *"Vereinigung Hamburger Kleingärtner"* nimmt auf ihrer Versammlung im Februar 1948 eine Resolution an. Darin bringt sie ihre Erwartung an die Hamburgische Bürgerschaft zum Ausdruck *"auf schnellstem Wege Schritte zu einer besseren Stromversorgung für die Kleingärtner"* zu unternehmen. Durch das geringe Stromkontingent, dadurch, dass kein Kochstrom oder Gas zur Verfügung stehe, sei auch die Kohlezuteilung zu gering. So könnten keine gargekochten oder warme Mahlzeiten zubereitet werden und die ohnehin bestehenden Mängel in der Nahrungsversorgung würden verstärkt. Mit mehr Strom hingegen würde man die Aufbauarbeit verbessern und die Lebenslage sowie Zusammenhalt der Kleingärtner erleichtern können. Die Resolution war gerichtet an den Senat, den Landesbund der Kleingärtner, die SPD, KPD und FDP Hamburgs, das Hamburger Echo, die Hamburger Volkszeitung und die Hamburger Allgemeine Zeitung.² An die politischen Parteien, denen man ein gemeinsames Interesse mit den Kleingärtnern unterstellte und den von den Militärbehörden für diese Parteien zugelassenen Presse.³

Die soziale Not, die hier zum Ausdruck kommt, verschlimmert sich allerdings weiterhin. Bereits 1947 gab es einen ersten harten Winter. Teile der Bevölkerung befassten sich mit *"Kohleklauen"*, also mit dem auflauern der Züge, zum Beispiel am Güterbahnhof Stellingen, dahin fuhr man mit der S-Bahn. *"Man ging dann einfach aufs Bahngelände, und wenn dann ein Zug anrollte: Die Männer durchweg obenrauf, Briketts eingesackt – das hatte man auch schon richtig im Griff, wieviel man gut schleppen konnte – dann wieder runter und weggelaufen."* Ziel der ganzen Aktivität war es, *"mal eine warme Stube"* zu haben.⁴ Dabei waren im Januar 1948,

* Vortrag auf der Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner „Das Jahr 1948 die entscheidende Zäsur der Spaltung Deutschlands“ am 13. Oktober 2018 in Berlin.

1 J. Schopp [d. i. Josef Schleifstein]: Was ist der Marshall-Plan?, Frankfurt am Main 1948, S. 64. Ich danke dem Genossen Hans-Peter Brenner für die Bereitstellung dieser Quelle.

2 Die Quelle liegt als interner Schriftverkehr der KPD vor. Kluge an Fiete Detleffs, im Hause, KPD LO [gemeint ist Landesorganisation, der Verfasser] Hamburg, Abteilung Bürgerschaftsfraktion, 7.4.1948, in: Archiv Gedenkstätte Ernst Thälmann [fortan: Archiv GET, der Verfasser], Bereich Büro, Akte 210: KPD 1948, Dokument 5, Bl. 1-2. Der Gedenkstätte Ernst Thälmann sei für die aufopferungsvolle Arbeit der Sammlung und Verwaltung dieser Quellen gedankt.

3 Die drei Zeitungen wurden am 27. März 1946 zugelassen. Vgl. Joachim Szodrzynski: Hamburgs Arbeiterbewegung im Wandel der Gesellschaft. Eine Chronik, Band 4: 1945-1949 (= Detlef Peukert, Ursula Büttner, Werner Jochmann und Werner Johe im Auftrag der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg und der Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Band 4), Hamburg 1989, S. 46.

4 Die aus "oral history", also Zeitzeugenberichten stammenden Aussagen entstammen Lars Lamprecht: Erinnerungen an die Zukunft. Hamburg nach 1945, in: Jörg Berlin (Hrsg.): Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter, Köln 1981, S. 306-328, hier S. 309/310. Die Herangehensweise

also im selben "scharfen Winter", Grubenhölzer bereits knapp, wie das bizonale Kontrollamt mitteilte.⁵ Gleichzeitig waren Kohle und Holz die wichtigsten Exportprodukte der Westzonen.⁶ Hamstereien und der Schwarzmarkt, beispielsweise am Dammtor, aber auch das Wegsehen und das Verständnis ebenso überforderter Polizeikräfte, die geschmuggelte Kartoffeln erst "einkassierten", nachdem "eine Badewanne voll" der Familie zur Deckung des Hungers überlassen wurde, gehörten für einige zum Alltag.⁷ Die Verbindungen, die wir mittels der Zeitzeugenaussagen, also der Widerspiegelung des historischen Erlebens und den Zeitungsbericht-Quellen, also den damaligen Informationsträgern herstellen konnten, sind bereits eine erste, wenn auch implizite politische Positionierung der Partei, die die soziale Frage mit der Frage der politischen und ökonomischen Selbstbestimmung der Deutschen verknüpft. Zusätzlich waren auch noch die Betriebe mit Auslandsbeteiligung von den Reparationen verschont.⁸

Die Darstellung der Probleme wie der Handlungsstrategien der Arbeiterbevölkerung der Stadt ist bereits Ausdruck einer methodischen Parteilichkeit. Sähe man das deutsche Volk nur und ausschließlich als Volk der Täter, wären soziale Not und harte Winter egal. Wäre es ausschließlich ein Volk von Widerstandskämpfern gewesen, so hätte es Krieg und Faschismus nicht gegeben. Die Arbeiterbevölkerung zu betrachten, ihre Ansätze zur Lösung der sozialen wie der demokratischen Aufgaben ihrer Zeit zu beschreiben, ist der Versuch, diesen Widerspruch durch die Zugrundelegung der Klassenfrage aufzuheben. Zur Formierung der Klasse gehört die Tradition der Arbeiter-, der Klassenkämpfe als Teil der eigenen Geschichte. Dieser Kampf, ein wenig gleich dem Inhalt nach internationaler, der Form nach zunächst ein nationaler Kampf, wie Marx und Engels im Manifest der kommunistischen Partei schreiben,⁹ er beschreibt Parteilichkeit der Akteure wie des bearbeitenden Historikers zugleich.¹⁰

Diese Parteilichkeit hat eine bestimmte Fragestellung zur Folge: wie konkret wurde die Klassenfrage mit der nationalen Frage in den Auseinandersetzungen um die Spaltung Deutschlands verbunden? Wie wurde folglich, entsprechend der aufklärerischen und kommunistischen Tradition¹¹ durch die führende Rolle der fortschrittlichsten Klasse und ihrer Bündnispartner der demokratische Inhalt der nationalen Frage sichergestellt? Und – was hieß das für die Praxis der organisierten Kommunisten?

bringt es mit sich, dass der bestroffene und so agierende Teil der Bevölkerung nur schwer ermittelt werden kann. Diejenigen, die die Aussage gemacht haben, der parteilose Maschinenschlosser Peter Wack und der damals 11-jährige Hannes Burmeister arbeiteten beide zu diesem Zeitpunkt wissenschaftlich in der IG-Metall-Arbeitsgruppe "Arbeitskreis Barmbeker Betriebe" (ebenda, S. 306). Dies – und ihre offene Parteilichkeit zugunsten von Frieden und Antifaschismus macht sie, beachtet man die objektive Beschränktheit der Methode an sich, zu vertrauenswerten Quellen. Sie können, so die polnische Historikerin Celina Bobinska der Erfassung der Atmosphäre, der Alltagsbedingungen, von Eindrücken und Mentalitäten dienen. Sie zeigen damit die Vielseitigkeit und Vielgestaltigkeit des historischen Prozesses auf. Vgl. Celina Bobinska: *Historiker und historische Wahrheit. Zu erkenntnistheoretischen Problemen der Geschichtswissenschaft*, Berlin 1967, S. 118/119.

5 Mangel an Grubenhölzern, in: *Hamburger Volkszeitung*, vom 3.1.1948, S. 1.

6 Rohstoffe wandern aus, in: *HVZ* vom 3.1.1948, S. 1.

7 Lamprecht: *Erinnerungen*, S. 310. Eine genauere Quantifizierung, die die methodische Voraussetzung der Verallgemeinerung wäre, lässt die Quellengattung nicht zu.

8 Auslandsbeteiligung, in: *HVZ* vom 3.1.1948, S. 1.

9 "Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muss zunächst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden." Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: *Manifest der kommunistischen Partei* [Dezember 1847, Januar 1848], ohne Ort, 1890, abgedruckt in: *Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Karl Marx, Friedrich Engels: Werke*, Berlin 1983, Band 4, S. 458-493, hier S. 473.

10 Zu den daraus resultierenden methodischen Implikationen: Reinhard Opitz: *Politische Ideologiekonzeptionen im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik*, in: Ulrich Albrecht et. al. (Hrsg.): *Geschichte der Bundesrepublik. Beiträge*, Köln 1979, S. 13-39.

11 "Den Kommunisten ist ferner vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat sich zunächst die politische Herrschaft erobern, sich (in der Formulierung von 1888:) zur führenden Klasse der Nation erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.", Ebenda, S. 479. Die weitere Tradition der Kommunisten in der nationalen Frage muss an anderer Stelle ausgearbeitet werden.

Diese aus der Parteilichkeit erwachsenen Fragen müssen jedoch zur Darstellung anders sortiert werden: Aufsteigend vom Konkreten zum Allgemeinen soll sich im Folgenden der alltäglichen politischen und sozialen Praxis der KPD Hamburg¹² und zumindest einigen ihrer Bündnispartner zugewendet werden. Ausgehend vom konkreten Zusammenhang zwischen antifaschistisch-demokratischer und sozialer Praxis soll dann ein Blick auf dessen theoretische Verallgemeinerung geworfen werden.¹³ Die für heutigen Bedingungen nach wie vor wesentliche Frage der Art und Weise, wie die nationale Frage gestellt und Beantwortet werden muss, gerade unter den Bedingungen des gegenwärtigen Rechtsrucks, bietet dabei den aktuellen Bezug.¹⁴ Diese Fragestellung hat zur Folge, dass der chronologische Ablauf an einigen Stellen durchbrochen wurde.

Die Form des Vortrags bringt es mit sich, methodische, quellenkritische und andere Anmerkungen im wesentlichen in Fußnoten abzuhandeln, diese sind dadurch entsprechend lang. Beim Abdruck des Textes wird das zu berücksichtigen sein.¹⁵ Gleichzeitig ist es Merkmal der Zeitgeschichte, dass Quellenmaterial im Überfluss vorhanden ist und die Auswahl, die getroffen wird, entsprechend methodisch abgesichert zu begründen ist.¹⁶

Soziale Not und Klassenkampf

Die soziale Not betraf nicht nur die Städte, über deren Bedingungen hier bereits gesprochen wurde, auch auf dem Land machen sich sowohl Bewegungen der Landarbeiter für gewerkschaftliche Organisierung und politische Rechte bemerkbar,¹⁷ die Partei greift aktiv, über eigene Flüchtlingskonferenzen in die Bewegung ein: organisiert werden müsse sofortige praktische Hilfe, davon ausgehend könne man politische Fragen, die Bodenreform zuvorderst ansprechen, so die Auswertung.¹⁸ Da wir uns hier im wesentlichen auf die Stadt Hamburg konzentrieren wollen, sei nur diese eine Verknüpfung von unmittelbaren Interessen und demokratischen Forderungen genannt.

Eine ganz unmittelbare, fast pragmatische Darstellung dieser Kämpfe und ihrer Verbindung mit dem antifaschistischen Widerstand finden wir in dem 1946 verfassten Bericht über die Arbeit der Betriebsgruppe auf der Deutschen Werft. *"Während der illegalen Zeit – unter dem Hitler-Faschismus – haben wir die wichtigsten antifaschistischen Kräfte zusammengefaßt. In regelmäßigen Besprechungen unterhielten wir uns über die Lage und über das, was man unter dem un-*

12 Als Quelle dafür bietet sich die Hamburger Volkszeitung, die Zeitung der KPD Hamburg an. Die Hamburger Volkszeitung, Untertitel kommunistische Tageszeitung für Hamburg und Umgebung, Erscheinungsort Hamburg, Erscheinungszeitraum Jahrgang 15, April 1946 bis Jahrgang 25, 17.8.1956, illegal nach dem Verbot der KPD fortgeführt, Vorgänger war die bis 1933 regelmäßig erscheinende HVZ, die ebenfalls unter den Bedingungen des deutschen Faschismus illegal fortgesetzt wurde. Vgl. Alfred Eberlein: Die Presse der Arbeiterklasse und der sozialen Bewegungen. Von den dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1967 (= Leo Stern (Hrsg.): Archivalische Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Band 6), Teilband IV: S-Z und Anhang, Berlin 1969, S. 1842. Die Bedeutung dieser Zeitung lässt sich unter anderem daraus ersehen, dass sie 1948 zu ihrem 30-jährigen Bestehen von Harry Naujoks 15.000 deutsche Mark aus dem Pressefonds der KPD als Geschenk überreicht bekam. Vgl. Solidarisch mit der HVZ, in: HVZ vom 27/28.11.1948, S. 1.

13 Die wesentliche Quelle zu dieser Fragestellung ist wegen des konkreten Bezugs auf Hamburg und der Verbindung von Anleitungspraxis und Vermittlung theoretischer Positionen das ab der Nummer 1,2/1948 mit dem Untertitel "Zeitschrift für die Parteiarbeiter der KPD Wasserkante" erscheinende Funktionärsorgan "Weg+Ziel". Herausgeber und Redakteure waren die Bezirksleitung Hamburg der KPD, der Erscheinungsort war Hamburg die erste Nummer war die Februar-Ausgabe 1947. Vgl. Alfred Eberlein: Presse, IV, S. 1904. Bei letzterer Angabe irrt Eberlein, im Archiv der GET finden sich, gesammelt von Karl Grunert Ausgaben, beginnend mit der Nummer 7,8/1946.

14 Die zu beschreibenden Klassenkämpfe sind richtigerweise nicht als punktuelle Einzelereignisse, sondern als Bestandteil der Entwicklung des deutschen Imperialismus, konkret seiner Restauration nach 1945 zu sehen und der Entwicklung der westdeutschen Gegenbewegung demokratischer Kräfte mit dem Schwerpunkt der KPD. Allgemeine Gesetzmäßigkeiten dieser Zeit zu bedenken und unter den konkreten historischen Bedingungen nachzuweisen, ist Bestandteil der Aufgaben des marxistischen Historikers. Vgl. Bobinska, a. a. O., S. 19-27.

15 Gleichzeitig ist dieser Vortrag Teil eines Work-in-Progress, es finden sich folglich neben Anmerkungen zur verwendeten Literatur auch Anmerkungen zu jener, die der weiteren Erarbeitung harret.

16 Axel Schildt: Zeitgeschichte, in: Hans-Jürgen Goertz (Hrsg.): Geschichte. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg 2007, S. 370-382.

17 Peter Degkwitz: Die Landarbeiter im Kreis Plön [bei Kiel, der Verfasser], in: Weg+Ziel. Funktionärsorgan der KPD Wasserkante, Nr. 8/Dezember 1947, Januar 1948, S. 17/18.

18 Hermann Ostendorf: Der I. Landesflüchtlingskongreß Schleswig-Holsteins, in: Weg+Ziel, Nr. 8/Dezember 1947, Januar 1948, S. 18-20.

geheuren Druck der Nazidiktatur tun konnte. Als darum [sic! Der Verfasser] die Niederlage des Faschismus eintrat, hatten wir, wenn auch nur eine kleine Gruppe, so doch eine Organisation, die wusste, was sie wollte. Wir gingen sofort an die Arbeit und beseitigten die Nazis aus dem Betrieb, setzten einen Betriebsrat ein und organisierten die Belegschaft in der neu gebildeten Freien Gewerkschaft.¹⁹ ... So führten wir praktisch restlos die Entnazifizierung durch, traten für ein einheitliches Essen aller Belegschaftsmitglieder ein, organisierten eine Holzbeschaffungsaktion im Winter für die Belegschaft, bereiteten Tausenden von Kindern eine Weihnachtsfreude in der Aktion "Rettet unsere Kinder" und augenblicklich organisieren wir eine Torfaktion für die Belegschaft.²⁰ Seit 1946 war der Kommunist Hein Fink Vorsitzender des Betriebsrates der Deutschen Werft.²¹ 1949 wurde er Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft für die KPD. Er hatte bereits vor der Machtübertragung an den deutschen Faschismus dort gearbeitet und war 1933 verhaftet worden.²²

Den Einstieg zu unseren Schilderungen können wir jedoch über die Darstellung der Londoner Außenministerkonferenz erreichen.²³ Hier wurde – so wird Molotov danach wiedergegeben, der Beginn dazu gemacht, das Potsdamer Abkommen endgültig zu entsorgen.²⁴ Die Verbindung dieser Ereignisse mit der sozialen Frage übernimmt Max Reimann, hier als Mitglied des Wirtschaftsrates, die deutsche Wirtschaft, vor allem im Bereich der Versorgung könne nur durch die Herstellung einer gesamtdeutschen Regierung gesunden. Außerdem sprach er den Westmächten die Befugnis ab, durch die Erweiterung der Befugnisse des bizonalen Zonenrates die Teilung Deutschlands zu beschleunigen: "Dieses Recht sprechen wir den Ministerpräsidenten ab. Ein Recht zur Beratung dieser Frage haben ausschließlich die politischen Parteien. Das Einschalten der Ministerpräsidenten durch die Militärregierung unterstreicht noch einmal die föderalistische Politik, die hier in Westdeutschland getrieben wird."²⁵ Die Anwesenheit des SPD-Bürgermeisters Brauer auf der Frankfurter Ministerpräsidentenversammlung wird angemerkt.²⁶ Aussagen wie beispielsweise die der Stuttgarter Zeitung, man müsse die Phrase von der deutschen Einheit aufgeben und die Einheit der Westzonen erkämpfen, werden scharf kritisiert.²⁷ Die Positionen der Partei decken sich mit denen des deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden: die Einheit Deutschlands muss erkämpft, der demokratische Aufbau organisiert werden. Kampfziele sind die Grundrechte der Frauen und der Jugend sowie weitgehende demokratische und Arbeiterrechte.²⁸ Am 17. Dezember 1947 erklärten Max Reimann und Fried-

19 Gemeint ist hier die Anfang Mai bis Mitte Juni bestehende Freie Sozialistische Gewerkschaft, sie sah ihre Aufgaben weit über den rein ökonomischen Bereich hinausgehend. Wolf-Dietrich Schmidt: "Wir sind die Verfolgten geblieben". Zur Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Hamburg 1945-1951, in: Jörg Berlin (Hrsg.): Das andere Hamburg, S. 329-356, hier S. 331.

20 Die Partei im Betrieb. Die beispielgebende Arbeit der Betriebsgruppe der Deutschen Werft A. G., Hamburg-Finkenwärder, in: Weg+Ziel, Nr. 7-8/1946, S. 15-16. Zur Zeit des antifaschistischen Widerstandes auch die Erinnerung bei Lambrecht: Erinnerungen, S. 315/316. Sie decken sich im wesentlichen mit dieser Darstellung, auch wenn die eigene Wirksamkeit bei weitem nicht so stark betont wurde.

21 Er hielt ein Grußwort zum 30. Jahrestag des Bestehens der HVZ, Vgl. Solidarisch mit der HVZ, in: HVZ vom 27/28.11.1948, S. 1.

22 "Fink, Heinrich Friedrich Christian, geb. 29. Mai 1902 in Kiel, Schlosser [... es folgt die Adresse] Volksschule, Gewerbeschule, Klempnerlehre, 1917 in Eckernförde in die SAJ und in den Metallarbeiterverband eingetreten. 1923 als bergarbeiter im Ruhrgebiet wegen des Kampfes gegen den Separatismus durch französisches Militär verhaftet. Anschließend wieder in Hamburg als Werftarbeiter. 1933 zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt. Danach wieder auf der Deutschen Werft beschäftigt; seit 1945 dort Betriebsratsvorsitzender. M.d.B seit 1949 (KPD).", in: Hamburgische Bürgerschaft (Hrsg.): Verzeichnis der Abgeordneten, Hamburg 1951, S. 16/17. Ob hier einer der Widerstandskämpfer der Deutschen Werft gefunden wurde, muss weiteren Forschungen überlassen bleiben.

23 Diese fand vom 25. November bis zum 15. Dezember 1947 in London statt. Der US-Außenminister sprengte die Konferenz. Die Position der SU war die, eine Delegation des deutschen Volkskongresses für Einheit und einen gerechten Frieden einzuladen. Vgl. IML (Hrsg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Band III: Von 1945 bis 1963, Berlin 1967, S.136.

24 Angst vor deutscher Konkurrenz, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 1.

25 Kein Recht auf Teilung Deutschlands. Dem Volk muss endlich das Recht auf Volksabstimmung gegeben werden, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 1.

26 Brauer macht mit, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 1.

27 Spalter am Werk, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 1.

28 Vgl. Ständiger Ausschuss des Deutschen Volkskongresses (Hrsg.): Protokoll des 1. Deutschen Volkskongresses

rich Ebert sich auf einer Versammlung in Kiel solidarisch mit diesen Zielen, auf der PV-Tagung der SPD am 19. und 20. Dezember beschließt dieser, eine Teilnahme am Kongress oder die Verfolgung dieser Ziele sei unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD.²⁹ Eine der ersten Aktivitäten, neben der Organisation weiterer Volkskongresse war die Sammlung von Unterschriften für die Durchführung eines Volksbegehrens, konkret eine Unterschriftensammlung zum Kampf um die deutsche Einheit. Die Teilnahme daran oder die Sammlung von Unterschriften war allerdings nicht ungefährlich. Im Sommer 1948 erhielt die Fraktion der KPD in der Hamburgischen Bürgerschaft eine Abschrift eines Drohbriefes, der innerhalb des städtischen Krankenhauses Harburg kursierte: *"Die Feinde der Soz. Dem. Partei der Gewerkschaft u. des Betriebsrats haben die Frechheit die Liste zu unterschreiben."* Von den 72 Unterschriften seien keine Sozialdemokraten, dafür aber drei bekannte Mitglieder der KP: *"Sie sollen gewarnt sein, sobald Senator Dettmann raus ist, werden sie alle fliegen, die Namen sind notiert."*³⁰ Die Aggressivität wie auch (neben orthographischen Eigentümlichkeiten) die inhaltlich blödsinnigen Aussagen mögen überraschen: Warum sollte die Einheit Deutschlands gegen SPD, Gewerkschaft und Betriebsrat gerichtet sein? Sie zeigen die vielfältigen Mittel auf, mit denen an der Verdrängung der Kommunisten und an der Zerschlagung des "Nachkriegskonsenses" gearbeitet wurde. Der kommunistische Gesundheitssenator "Fiete" Dettmann wurde, kaum einen Monat später, am 2. Juli 1948 ebenfalls per Misstrauensvotum wegen seines Eintretens für die SBZ und gegen antisowjetische Hetze angesichts der "Berlin-Blockade" entlassen.³¹ Er wird am 13. Oktober durch den Sozialdemokraten Schedemann ersetzt.³²

Die politische Linie des Volkskongresses leitete Gustav Gundelach her: *"Die Entscheidung über einen gerechten Frieden ist dadurch [durch die Haltung der Westmächte und Schumachers zur deutschen Einheit] hinausgeschoben, und die Gefahr der Spaltung Deutschlands in ein Ost- und Westdeutschland steht drohend vor uns. In dieser Situation gewinnt die vom deutschen Volkskongress ausgehende Sammlung aller wahrhaft nationalen Kräfte erhöhte Bedeutung. Noch ist es Zeit, alle Kräfte für die Einheit Deutschlands, für den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Neuaufstieg zu mobilisieren."*³³ Konkreter fasst Alfred Drögemöller die Aufgaben: *Es ginge um die "Bildung einer das ganze deutsche Volk umfassenden Volksbewegung für Deutschlands Einheit – das ist die Losung in der gegenwärtigen Situation."* Die Aufgabe sei es, die Einbeziehung des ganzen Volkes zu organisieren, bis auf eine *"kleine Clique Monopolcapitalisten und ihrer Agenten"* und abgesehen *"von den offenen Separatisten"* könnten dabei alle mit einbezogen werden. So auch die Kaufmannschaft in Hamburg und damit bestimmte Wirtschaftskreis, denn durch die Spaltung Deutschlands sei der Hafen *"tödlich bedroht."* *"Die Jugend, wo immer sie politisch stehen mag, wird geschlossen ihren Platz in der Volksbewegung einnehmen."* *"Schaffen wir eine breite Massenbewegung, dann wird es den Massen klarer werden, wen sie als Vertreter ihrer wahren Interessen betrachten können und wer ihr Feind ist."*³³

Die Lage in den Betrieben können wir uns auch aufgrund der Zeitzugenaussagen aus Barmbeker Betrieben erschließen: Torfstechaktionen wegen des Mangels an Kohlen, Koks oder Brennholz, Lebensmittelkarten und deren Zuteilung durch den Betriebsrat, eine Unterstützung der Angestellten durch die Zulagen bekommenden Schwerarbeiter. Die Geschäftsleitung erscheint in vielen dieser Auseinandersetzungen nicht als Gegner. Sehr gern werden von den Arbeitern Aufgaben des direkten Wiederaufbaus übernommen, so Ziegelsteine aus den zerbombten Häusern für den Wiederaufbau bergen. *"Das lief unter dem Motto: Der Krieg ist ja vorbei. Der Druck ist weg. Was man jetzt machte, konnte ja nur besser werden. Man hatte ein bisschen Perspektive."*³⁴

für Einheit und gerechten Frieden am 6. und 7. Dezember 1947 in der Deutschen Staatsoper, Berlin, (= Schriftenreihe für Einheit und gerechten Frieden, Heft 1), Berlin 1948. Zum Kongress ebenfalls Chronik, III, S. 137/138.

29 Chronik, III, S. 138/139.

30 Verwaltung des Städtischen Krankenhauses Harburg, (Abschrift) Wegen der Unterstützung des Volksbegehrens, 8.6.1948, in: Archiv GET/Büro, Akte 210, Dok. 8, Bl. 1.

31 Szodrzynski: Chronik 4, S. 130/131.

32 Ebenda, S. 142.

33 Alfred Drögemöller: Warum scheiterte die Konferenz der Außenminister der Großmächte?, in: Ebenda, S. 3-6.

34 Lamprecht: Erinnerungen, S. 311-313.

Im Januar 1948 wurden massive Illusionen in die kommende Währungsreform geschürt: die KPD warnte, es würde sich wiederholen, was 1923 passiert sei: neue Waren, aber die kleinen Leute könnten es sich nicht leisten, Geldentwertung und Inflation seien zu befürchten. Gleiches passiere derzeit in Österreich. Außerdem, so wird der Bogen auf die politische Ebene gespannt, sei die Währungsreform ein weiterer Schritt zur deutschen Spaltung.³⁵ Genauer ausgeführt wird das in der gleichen Ausgabe der HVZ, die Westmächte spalten, und westdeutsche Politiker tun entweder nichts, wie Adenauer, oder halten den Weststaat für das kleinere Übel, wie Schumacher. Eingesetzt in die Direktorenposten des bizonalen Wirtschaftsrates ist derweil Dr. Schlange-Schöningen, ein ostelbischer Großgrundbesitzer und "alter Kämpfer" der NSDAP.³⁶

Die Währungsreform traf die Kommunisten auch im ganz praktisch-organisatorischen Bereich ihrer Arbeit, so mussten in der Verwaltung eines KPD-Büros die Gesellschafter für einen Zeitraum nach der Währungsreform mobilisiert werden, damit wichtige Entscheidungen über den weiteren Verbleib getroffen werden konnten.³⁷

Die im Januar angedrohte Kürzung der Lebensmittel- und Brotationen wurde Ende April, Anfang Mai Realität. Die Abteilung Land des KPD-Bezirks Wasserkante wandte sich an die Ortsgruppen, um die Herleitung der derzeitigen Krise darzustellen und Orientierungen für die politische Aktion zu geben.³⁸ Das Aktionsprogramm des ZK der KPD vom 11. Juni 1945³⁹ und das Hamburger Aktionsprogramm von KPD und SPD vom 24. Juli 1945⁴⁰ hätten einen Weg zur Sicherstellung der Versorgung gewiesen. Beides sei aber nicht umgesetzt worden. Schuld sei zum einen der totale Krieg, zum anderen die heutige Sabotage noch aktiver Nazi-Faschisten. Gegen den Hunger müssten sofortige Maßnahmen ergriffen werden: gegen Spekulanten, gegen den Schwarzmarkt helfe eine Bodenreform und die Durchführung einer geplanten Wirtschaft.⁴¹ Die "Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei" war Punkt 1, die "Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher" Punkt 6, die Liquidierung des Großgrundbesitzes" und deren Verteilung an die Bauern Punkt 7 und die Übergabe der lebenswichtigen Betriebe in die Selbstverwaltungsorgane der Kommunen, Städte und Gemeinden Punkt 8 der Forderungen des Aktionsprogrammes des ZK der KPD von 1945.⁴² Auch im Hamburger Aktionsprogramm war die Ernährungslage einer der wichtigsten Bereiche: Fischzufuhren, Landwirtschaftshilfe durch Arbeitskolonnen aus der Stadt und einer "Neuordnung der örtlichen Landwirtschaft" und die Förderung von Genossenschaften, aber auch Klein-

35 Illusionen für die Kleinen, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 2.

36 Das sind Aussichten, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 2.

37 H. H. Johannsen an Friedrich Detlefs, 3.4.1948 bzgl. Bilanz 1947, Bilanzbericht und Protokoll der Gesellschaftsversammlung, in: Archiv GET/Büro, Akte 210, Dok. 3, Bl. 1-19.

38 KPD Bezirk Wasserkante, Abt. Land an alle Ortsgruppen, Hamburg, 5.6.1948, in: Archiv GET/Büro, Akte 210, Dok. 9, Bl. 1-3.

39 Das Aktionsprogramm ist der letzte Teil des Aufrufs der KPD an das schaffende Volk, Vgl. ZK der KPD: Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!, Berlin, den 11. Juni 1945, als Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands, in: Deutsche Volkszeitung vom 13.6.1945, abgedruckt in: Günther Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.): KPD 1945-1968. Dokumente, Band 1: 1945-1962, Neuss 1989, als Dokument 1, S. 135-143, hier S. 140-143.

40 Vertreter der ehemaligen Kommunistischen Partei Hamburg, Vertreter der ehemaligen Sozialdemokratischen Partei Hamburgs: Aktionsprogramm der Vertreter der Kommunisten und der Sozialdemokraten Hamburgs, Hamburg, den 24. Juli 1945, Flugschrift, in: Archiv des IML, Berlin, Nr. 45/02/900, abgedruckt in: IML (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945, Band 1: Mai 1945 – April 1946, Berlin 1959, S. 75-80. Am 24. Juli 1945 "Die zehn Mitglieder des Aktionsausschusses unterzeichneten ein gemeinsames Aktionsprogramm, in dem es u. a. hieß: "Die blutige Lehre der 12jährigen Hitler-Diktatur im Inneren, des Hitler-Krieges nach außen und seiner großen sozialen Umwälzungen heißt für alle schaffenden Männer und Frauen eindeutig: "Einigkeit! - Einheit! und nie wieder Spaltung und Bruderkampf!" Die folgenden 25 Punkte setzten sich mit einer Vielzahl von Themen auseinander, an denen sich die Schwierigkeiten der Normalisierung des täglichen Lebens ablesen ließen." Szodrzynski: Chronik Hamburg, 4, S. 23/24. Der Aktionsausschuss war Ende Juni 1945 entstanden, als sich KPD und SPD-Mitglieder der beiden noch nicht zugelassenen Parteien geeinigt hatten. Vgl. Ebenda, S. 21. Am 2. Juni 1945 fand die konstituierende Sitzung des "Aktionsausschusses zur Vorbereitung der Einheitspartei" statt, teilnahmen für die SPD Meitmann, Schmedemann, Teßloff, Elsner und Borchers, für die KPD Dettmann, Grünert, Dethlefs, Tastesen und Johanns Westphal. Vgl. Ebenda, S. 22.

41 Abt. Land, Bl. 1-2.

42 ZK der KPD: Schaffendes Volk!, S. 140/141.

tierhaltung, Kleingärten, die Schaffung eines Ernährungshilfswerkes, stärkere Zufuhren und die Kontrolle dieser Bereiche durch die Verbraucher sollten organisiert werden. Zusätzlich die Beschlagnahmung des Eigentums von "Naziaktivisten und deren Stroh Männern". Dem folgend Entnazifizierung und Volksaufklärung im antifaschistischen Sinne.⁴³ Um heute – 1948 die Versorgung sicherzustellen, müssen die Zonengrenzen aufgehoben werden, der Austausch von Nahrungsmitteln und Wirtschaftsartikeln ist "eine Lebensfrage für das deutsche Volk". "Wir sind der Meinung, dass das deutsche Volk in immer neue Katastrophen gestürzt wird, solange auch nur ein Nazi in der Verwaltung und in der Wirtschaft sitzt." Die Denazifizierung dürfe nicht formal geschehen: es gehe nicht um die formelle Mitgliedschaft in einer Nazi-Organisation, sondern um heutigen Geist und die Haltung. Vor allem müsse man aufhören, die Kleinen zu hängen und die Großen laufen zu lassen. Entnazifizierung und aktuelle demokratische Entwicklung werden zusammen gedacht: "Nur Menschen, die aus dem Volke kommen, die im Volke stehen und tief erfüllt vom antifaschistisch-demokratischen Geist sind, können die Interessen des Volkes vertreten und im Sinne des Wiederaufbaus wirken." Entscheidend sei die Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens und die Entfernung der alten Beamten.⁴⁴

Die grundlegenden sozialen Probleme aber bestanden weiter. Da zu wenig Getreide abgeliefert worden sei, teilte die Zweizonen-Ernährungsverwaltung im November 1948 erneut mit, sei eine Absenkung der Brotationen unumgänglich, würde sich die Lage nicht ändern.⁴⁵

demokratischer Neuaufbau und Antifaschismus

Bereits sehr früh wird das Verhältnis des deutschen Volkes zum Hitlerfaschismus Bestandteil der politischen Auseinandersetzung. 1946 beschreibt Gustav Gundelach, Leiter der Landesorganisation Wasserkante, später Hamburgs der KPD 1946-1949 die Positionen Molotovs auf der Pariser Außenministerkonferenz⁴⁶ als diejenigen, die die Interessen des deutschen Volkes am besten vertreten würden: Es gebe keine Rachegefühle und keine Gleichsetzung des deutschen Volkes mit dem Hitlerfaschismus. Weitergehend wird die politische Agenda entwickelt: Deutschland solle nicht in einen Agrarstaat verwandelt werden, es dürfe nicht um Einschränkungen in der Industrieproduktion gehen, eine Abtrennung des Ruhrgebiets wird abgelehnt und die Deutschen müssten die Fragen eines föderativen oder zentralistischen Staatsaufbaus selbst regeln, eine Regierung als erster Schritt der in Potsdam beschlossenen Zentralverwaltungen müsse geschaffen werden.⁴⁷ Ein Bezirksparteitag der KPD hatte sich zuvor unter Bezugnahme auf den Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 auf die gleichen Positionen gestellt. Die unmittelbare Aufgabe sei es, die "*reaktionären Gewalten zu entmachten*" und den friedlichen und demokratischen Aufbau eines einheitlichen Deutschlands unter der Führung der Arbeiterklasse. Zur Frage der Art des Staatsaufbaus sind die Kommunisten gegen Gebietsabtrennungen und für eine Zentralregierung: "*Jede Kleinstaaterie bedeutet Rückschritt und wird von den Kommunisten abgelehnt, weil sie nicht den Interessen unseres Volkes und der Zukunft Deutschlands dient.*", die Gebietseinteilung sei entsprechend der wirtschaftlichen Bedingungen vorzunehmen. Es sei eine "*weitestgehende[r] gebietliche[r] und örtliche[r] Selbstverwaltung*" zu gewährleisten.⁴⁸

Auf kulturellem Gebiet bestimmten die Kommunisten die Aufgaben auf ihrer ersten Tagung in Ostberlin vom 3. bis zum 3. Februar 1946: Aufgabe sei die Verteidigung des humanistischen Erbes der deutschen Kultur gegen die Inanspruchnahme durch die Hitler-Barbarei und die Vertei-

43 Vertreter KP und SP Hamburgs: Aktionsprogramm, S. 75-80. Holger Christier: Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und der KPD in Hamburg 1945 bis 1949, S. 79-85 spricht abwertend über die Genauigkeit der Forderungen. Wohlwollend ist ihm der Zustand der Versorgung unbekannt: In einer Untersuchung im November 1946 in Hamburger Betrieben haben 56% der Hamburger Männer zwischen 16 und 30 Jahren ein Untergewicht von 20 kg. Frauen im gleichen Alter haben zu 83% ein Untergewicht von 10kg. 92% der Männer und 90% der Frauen weisen "akute Zeichen der Unterernährung auf". Szodrzynski: Chronik Hamburg, 4, S. 62.

44 Abt. Land, Bl. 2-3.

45 Ernsthafte Brotkürzung angekündigt, in: HVZ vom 27/28.11.1948, S. 1.

46 Die Pariser Außenministerkonferenz fand vom 25. April bis zum 15. Mai 1946 statt. Der britische Außenminister forderte eine Fortführung der Besetzung, der französische die Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets. Die UdSSR war mit ihrer Position eines einheitlich-demokratischen und friedlichen Neuaufbaus allein. Vgl. Chronik, III, S. 73/74. (fortan: Chronik, Band, Seite)

47 Gustav Gundelach: Potsdam, Paris und Deutschland, in: Weg+Ziel, Nr. 9-12/Juli-August 1946, S. 6/7.

48 Gustav Gundelach: Die Lehren des Bezirksparteitages, in: Weg+Ziel, Nr. 7-8, Juni 1946, S. 1-3. Die in Klammern gesetzten Buchstaben entstammen der anderen Satzstellung der Quelle.

digung des Marxismus gegen die verfälschende Darstellung durch sozialdemokratische und bürgerliche Theoretiker.⁴⁹ In dieser demokratischen Tradition des deutschen Volkes sollte dann die deutsche Einheit erkämpft werden. Die führende Kraft sei die einheitlich marxistisch geführte Arbeiterklasse.⁵⁰ Eine Umsetzung dieser demokratischen Forderungen auf dem Gebiet der praktischen Politik sehen wir auf dem Gebiet der Schulen. Dort wurden 1948 mit dezidiert antifaschistischer Begründung zuvor gleichgeschaltete Elternräte wieder eingeführt, ihre Aufgabe sei, die demokratische Mitbestimmung zu organisieren.⁵¹ Aus dem Blickwinkel eines Lehrers wird beschrieben, dass es sich hierbei um die Aufgabe handele, die Massen wieder an die Demokratie zu gewöhnen, damit diese Anteil nehmen an der Lösung der eigenen Probleme. Dieser Lehrer beschrieb den Papiermangel, der vielen Schülern die Arbeit aufgrund eines Mangels an Heften unmöglich machte. Er organisierte eine Altpapiersammlung um aus diesem Papier neue Hefte anfertigen zu lassen, die gratis an die Schüler ausgegeben wurden.⁵² Das praktische Beispiel zeigt die Arbeit der Kommunisten auf, die, versucht man sie zu beschreiben, am ehesten damit vergleichbar wäre, "revolutionär-demokratische Formen" an die Stelle von "reaktionär-bürokratischen" zu setzen.⁵³

Bestandteil dieser Auseinandersetzung war es im Januar 1948, den politischen Parteien, Gewerkschaften und anderen öffentlichen Institutionen einen Einfluss auf den medialen Apparat zu erkämpfen. Gegen die von oben verordneten Satzungen des NWDR und die Einsetzung des Präsidenten des zonalen Justizamtes Kiesselbach protestierten sie.⁵⁴ Ihnen taten es SPD und FDP gleich.⁵⁵ Lediglich die Kommunisten aber waren bereits zur Tat geschritten und hatten die Nazi-Vergangenheit des Rundfunkkommentators Dr. Heitmann öffentlich gemacht. Dieser verklagte die HVZ wegen Beleidigung, und mit der Unterstützung eben des Dr. Kiesselbachs, der bereits im Justizamt für ehemalige Nazis Versorgungskassen schaffen wollte, wurde die KPD-Zeitung verklagt und ein Prozess angestrengt. Dieser fand am 9. Januar 1948 statt.⁵⁶ Häufig müssen die Kommunisten aber auch ihre eigenen Zeitungen gegen Repressionen verteidigen, so die Niedersächsische Volksstimme im Januar 1948.⁵⁷ Das geschieht durchaus polemisch, als das Pressehauptquartier der britischen Militärregierung die Mahnung herausgab, es sei Berichtserstattung zu unterlassen, die das Ziel habe die Einigkeit zwischen den Alliierten zu untergraben, forderten sie, dass sei höchste Zeit um der Antisowjet-Hetze entgegenzutreten und wunderten sich lautstark, warum die Vorzensur (bei der HVZ) oder das Verbot (der NV oder der

49 Große Anstrengungen unternahmen die Kommunisten sich ihre Traditionen durch Schulung und Propaganda zu vergewissern und zu erhalten. Hier kann viel zur Analyse und Konzeption ihrer Traditionslinien erarbeitet werden, dazu werden in dieser Fußnote Quellen zusammengetragen, eine Analyse muss aber auf spätere Zeit verschoben werden. KPD LO [Landesorganisation] Hamburg, Abt. [Abteilung] Schulung: 100 Jahre Kommunistisches Manifest, Hamburg den 29.1.1948, in: Archiv GET/Büro, Akte 210, Dokument 1, Bl. 1-19.

50 Um die Erneuerung der deutschen Kultur. Erste Zentrale Kulturtagung der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 3. bis 5. Februar in Berlin, (Stenographische Niederschrift), Berlin 1946. Zur Tagung ebenfalls Chronik, III, 59. Auf dieser Linie wird ebenfalls über den 1. deutschen Schriftstellerkongress berichtet, wesentlich sei die Teilnahme der Autoren an den antifaschistisch-demokratischen Kämpfen dieser Zeit. Gleichzeitig sei dabei der Gegensatz zwischen Ost und West als "Linien in der Weltpolitik" heftig aufgetreten und ausgetragen worden. Rudolf Leonhard: Der erste deutsche Schriftstellerkongress, in: Weg+Ziel, Nr. 8/Dezember 1947, Januar 1948, S. 23-25 [Abdruck aus: Wissen und Tat, Nr. 18/19, November 1947]. Der Kongress fand vom 4. bis zum 8. Oktober 1947 im Berliner Klub der Kulturschaffenden statt. Vgl. Chronik, III, S. 130/131.

51 Das KPD-Organ druckte hier die Anordnung der Hamburger Schulbehörde ab: Verwaltungsanordnung betr. Elternräte, in: Weg+Ziel, Nr. 8/Dezember 1947, Januar 1948, S. 22-23. Analog dazu gab es die bereits 1946 wieder eingeführten kommunalen Arbeitsausschüsse, Walter Stephan: Die Tätigkeit der kommunalen Arbeitsausschüsse, in: Weg+Ziel, 7-8/1946, S. 11.

52 H. K.: Praktisch-pädagogische Elternarbeit. Rechte und Pflichten der Elternvertretung, in: Weg+Ziel, Nr. 8/Dezember 1947, Januar 1948, S. 21/22.

53 Vgl. Zu diesen Begriffen W. I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, St. Petersburg 1917, abgedruckt in: IML (Hrsg.): W. I. Lenin: Werke, Band 25: Juni – September 1917, Berlin 1960, S. 327-377. Auch die Vorstellungen der Kommunisten von "Übergängen zum Sozialismus" wäre noch detaillierter aufzuarbeiten.

54 Was hat Kiesselbach beim NWDR zu tun?, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 1.

55 Auch SPD und FDP protestieren, in: HVZ vom 3.1.1948, S.1.

56 "Vor der Kaserne, vor dem großen Tor ...", in: HVZ vom 3.1.1948, S. 2. ebenfalls Prozeß gegen HVZ, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 2.

57 Die Fesseln bleiben, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 1. Der Grund des Verbots wird nicht angegeben.

Norddeutschen Volkszeitung) immer nur die Presse der Werktätigen treffe.⁵⁸

Der gerade vergangene Hitlerfaschismus trifft die Kommunisten aber auch noch auf einer anderen Ebene, wie sollten sie, die aus Gefangenschaft, Widerstand, Exil oder KZ kamen, mit den ehemaligen Mitgliedern der Nazi-Partei umgehen? Für Hamburg konkret: die Hamburger VVN wurde aus den bestehenden Antifa-Ausschüssen erst von den heimkehrenden Hamburger Buchenwald-Häftlingen gegründet. Unter ihnen prominent die Kommunisten Harry Naujoks und Erich "Vatti" Hoffmann.⁵⁹ Das entstandene Komitee arbeitet unter Mithilfe der Kommunisten, und auch die Zeitung der Hamburger KPD half mit, Vermisste und durch den Krieg getrennte wieder zusammenzubringen.⁶⁰

Im September 1947 eröffnete Gustav Bergmann aus Wilhelmsburg die Diskussion, ob ein "*nominelle[s] Mitglied der NSDAP tragbar für unsere Partei*" sei. Er teilte die ehemaligen Mitglieder der Nazi-Partei ein in drei Kategorien: 1. Kriegsverbrechern, Gestapo-Spitzel und Denunzianten sagte er den Kampf bis zur Vernichtung an, 2. sogenannte "Neutrale", die im Widerspruch zu den aktuellen Kämpfen stünden, müssten genau beobachtet werden und 3. diejenigen, gerade Werktätige, die offen gebrochen hätten mit ihrer bisherigen Positionierung müssten einbezogen werden in den Klassenkampf, sicher müsse die Parteigruppe prüfen, prinzipiell könne man sie aber aufnehmen. Der Beitrag endet mit einem Zitat von Thälmann, man müsse die braunen Scharen in den Klassenkampf einbeziehen, zu uns herüberziehen.⁶¹ Ihm antwortet drei bis vier Monate später Karl Andig, Massenpartei hieße, die Massen zu führen und nicht, "*Massen von braunen Scharen*" in die Partei aufzunehmen. Sie müssten eingebunden werden in den demokratischen Aufbau, viel zentraler sei die Erziehung der Jugend in den Klassenkampf. Der entsprechende Beschluss, ehemalige NSDAP-Mitglieder nicht in die Partei aufzunehmen, stamme daher, dass man die Lehre aus dem Faschismus gezogen hätte.⁶²

Nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der KPD wurde diese Frage strittig diskutiert: Schumacher sprach für die Zeit nach 1945 von einer verhinderten sozialen und politischen Revolution. Die Hamburger KPD vertrat innerhalb der Marxistischen Arbeitsgemeinschaft, einer parteiübergreifenden Organisation sozialistischer Bildung, die Gegenthese: "*Das deutsche Volk und mit ihm die deutsche Arbeiterklasse folgte Hitler bis zur Selbstaufgabe seiner Substanz.*" Es hätte also keine revolutionäre Situation gegeben, vielmehr ginge es derzeit darum, in den Kämpfen um den demokratischen Aufbau Wege zum Herankommen an die sozialistische Revolution zu finden.⁶³

Diese Diskussion erfolgte also auf zwei Ebenen: zum einen wurde entgegen der Position der SPD festgehalten, dass es 1945 keine revolutionäre Situation gegeben habe, dem gegenüber müsste man nach wie vor gegen die alten Herrschenden gerichtet demokratische Veränderungen innerhalb des Aufbaus erkämpfen, um dadurch die Möglichkeit zu erhalten, den Sozialismus aufzubauen. Um den Grad der Einbeziehung der ehemaligen Mitglieder der Nazi-Partei wird innerhalb der KPD durchaus kontrovers diskutiert. Einigkeit bestand aber darin, in impliziter Anlehnung an den Aufruf des ZK von 1945, die Massenbasis der Faschisten nicht für prinzipiell "gut" oder für nach 1945 "geläutert" oder "antifaschistisch" zu halten.⁶⁴ Der Kampf der Kommunisten bezog sich darauf, aktiv eine demokratische Umerziehung in die Wege zu leiten. Sehr genau wird zudem die juristische Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen beachtet.⁶⁵ Um im Prozess

58 Eine Mahnung, die zuversichtlich macht, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 2.

59 Schmidt: Verfolgte, S 331.

60 Vgl. die Listen der Deutschen Kriegsgefangene[n] in Polen, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 2. Ebenfalls der Dank des "Suchdienst[es] für vermisste Deutsche": Die "HVZ" hilft mit, in: HVZ am 3.1.1948, S. 2.

61 Gustav Bergmann, Wilhelmsburg: Ist das nominelle Mitglied der NSDAP tragbar für unsere Partei?, in: Weg+Ziel, Nr. 6/September 1947, S. 14/15.

62 Karl Andig, Hamburg II: Ist das nominelle Mitglied der NSDAP tragbar für unsere Partei?, in: Weg+Ziel Nr. 8/Dezember 1947, Januar 1948, S. 25.

63 Fiebru: Unsere Stellung zu Nürnberg und zu Schumacher, in: Weg+Ziel, Nr. 8/Dezember 1947, Januar 1948, S.27-29. Der Nürnberger Parteitag fand vom 29. Juni bis zum 2. Juli 1947 statt. Er sprach sich für die Annahme des Marshall-Plans aus, gegen die Aktionseinheit und die Einheit der Arbeiterklasse. Westberlin wird als Bezirk in die Parteiorganisation aufgenommen. Vgl. Chronik, III, S. 122.

64 Diese gängige, von keinerlei historischer Kenntnis getrübe antideutsche Unterstellung aktuell Hermann L. Gremliza: Sitzen machen!, in: konkret 9/2018, S. 9.

65 Ihm war kein Mittel zu scheußlich ... Wilhelm Evers lieferte seinen Bruder und dessen Frau der Gestapo aus, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 2.

des demokratischen Aufbaus näher an die Menschen heranzukommen beschloss die Herner Konferenz der KPD die Umbenennung in die Sozialistische Volkspartei. Die Umbenennung wurde von den Besatzungsbehörden verboten.⁶⁶

Beginnende Remilitarisierung

1948 gibt Konrad Adenauer dem Hitlergeneral Speidel⁶⁷ den Geheimauftrag, Pläne für die Aufstellung einer westdeutschen Armee und ihrer Aufgaben auszuarbeiten. Dies gibt er 1952 offen zu.⁶⁸ Gleiches wird aber sehr schnell auch aufgedeckt: Dr. Eugen Kogon berichtet nach einem Treffen der Föderalistenverbände in Rom von deren Pläne zur Wiederaufrüstung. Er will genauere Angaben aufgrund der anwesenden Ostpresse nicht machen, ein Bericht der Hamburger Volkszeitung geht aber weiter, ein General Halder wird zitiert, die Leute wären vorhanden, die ehemaligen Offiziere würden *"wieder die Uniform anziehen"*, es fehle nur an Geld und Waffen.⁶⁹ An der folgenden Berichterstattung kann zumindest die agitatorische Orientierung der Partei gut nachvollzogen werden: Zunächst wird eine Erklärung des Landesvorstandes der KPD Bayern zusammengefasst: es seien nicht die Föderalistenverbände, sondern mindestens ebenfalls die Ministerpräsidenten, die die Militarisierung vorantreiben würden: immerhin sei bereits durch eine *"Verstärkung der Industriepolizei, der Verstärkung der Kommunalpolizei und der Kasernierung und Ausbildung aller dieser Truppen mit neuen Waffen"* die Militarisierung vorangetrieben worden.⁷⁰ Das habe dem Zweizonen-Kontrollamt einen *"peinlichen Eindruck"* beschert.⁷¹ Diese drei werden mit zwei weiteren Berichten angereichert: Dr. Vogel aus dem deutschen Büro für Friedensfragen erhob den Anspruch auf einen Platz in der Nordatlantik-Streitmacht, und gab damit der KPD die Gelegenheit zu fragen, ob ein solcher Militarist an der richtigen Stelle sitze,⁷² und Dr. Spiecker, Vertreter von NRW im Zonenrat lies wissen, er sei nicht jetzt für eine neue Armee, dazu müsse erst der Frieden hergestellt werden, dann müsse man die Aufgaben durch die UNO auch annehmen.⁷³

Diese taktische Zusammenstellung und die sehr schnell hergestellten Zusammenhänge von Remilitarisierung und erneuter faschistischer Gefahr könnte übertrieben, weit hergeholt wirken, entsprächen sie nicht der Wahrheit. Obgleich dies nicht das Thema dieses Vortrags ist, soll dennoch die Tragweite dieser Vorgänge kurz dargestellt werden. *"Unmittelbar nach der Kapitulation der Hitlerwehrmacht nahmen die amerikanischen Besatzungsbehörden den ehemaligen Chef des Generalstabs der Nazi-Wehrmacht, Generaloberst Franz Halder in ihren Sold."* berichtet das Braunbuch, nun wird also erklärlich, warum ein Generalstabschef des deutschen Faschismus offen auftreten und seine Positionen der Presse mitteilen konnte. *"An der Spitze von 120 Hitlergeneralen,"* so weiter das Braunbuch, *"darunter Guderian, Mantteuffel, Schwerin und andere, wertete er die militärischen Erfahrungen der Raubzüge Hitlers aus und erarbeitete bereits die Remilitarisierungspläne der späteren Bundesrepublik."*⁷⁴ Mit Halder hatten sich die Westalli-

66 Max Reimann: Aus der Rede auf der Herner Konferenz der KPD, April 1948, nach Manuskript, abgedruckt in: IML (Hrsg.): Max Reimann: Aus Reden und Aufsätzen 1946-963, Berlin 1963, S.51-60. Ebenso: Entschließung der Herner Konferenz der KPD über die Änderung des Namens der Partei, Herne, den 27.4.291948 in: Neues Deutschland vom 29.4.1948, abgedruckt in: Judick u. a.: KPD, S. 205-206.

67 Dieser wird aktuell durchaus positiv in einer Schriftenreihe der Bundeswehr rezipiert, Vgl. Erik Lommatzsch, Leipzig: Rez. (Rezension) ZG (Zeitgeschichte): D. Krüger: Hans Speidel und Ernst Jünger [Rezension zu: Dieter Krüger: Hans Speidel und Ernst Jünger. Freundschaft und Geschichtspolitik im Zeichen der Weltkriege. Herausgegeben vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. Paderborn: Schöningh 2016], in: H-Soz-Kult am 10.10.2018, per Mail. Beide seien im Sinne Winklers "auf dem langen Weg nach Westen", sie nahmen "wichtige Funktionen in puncto Integration in die westliche Demokratie ein."

68 Jupp Mallmann hat aufgeschrieben, Berlin 2011, S. 25. Hier irrt sich unser Zeitzeuge, die Himmelroder Denkschrift, an der Speidel im Auftrage Adenauers mitarbeitete, entstand im Oktober 1950. Im Jahr 1948 entstand sein 1949 erschienenes Buch "Invasion 1944". Er war Lehrbeauftragter an der Eberhardt Karls-Universität Tübingen. Das wiederum passt zur "wissenschaftlichen Aufarbeitung", von der das Braunbuch (siehe unten) spricht.

69 Will Halder ein deutsches Heer aufstellen? Enthüllungen Dr. Kogons über die Föderalistenverbände. Die Remilitarisierung in Westdeutschland, in: HVZ vom 27/28.11.1948, S. 1.

70 Sind die Ministerpräsidenten wirklich ahnungslos?, in: HVZ vom 27/28.11.1948, S. 1.

71 Peinlicher Eindruck, in: HVZ vom 27/28.11.1948, S. 1.

72 Militaristen im "Friedensbüro", in: HVZ vom 27/28.11.1948, S. 1.

73 Dr. Spieker ist bereit, wenn ..., in: HVZ, vom 27/28.11.1948, S. 1.

74 Nationalrat der nationalen Front des demokratischen Deutschland, Dokumentationszentrum der staatlichen Ar-

ierten jemanden gegriffen, unter dessen Mitwirkung die 1941 in Kraft getretene Erklärung zustande kam, dass an der Ostfront *"nichtarbeitende Kriegsgefangene"* zu verhungern hätten.⁷⁵ Vergleichen wir diese Erkenntnisse mit den Meldungen aus der Hamburger Volkszeitung, so finden wir hier weniger eine Taktik, als mehr eine Hellsichtigkeit, die ihresgleichen sucht. Die Linie der Partei war, den Kampf gegen die Remilitarisierung mit dem um die Einheit Deutschlands zu verbinden. Die Verbindung von antifaschistischem Kampf und dem gegen die Remilitarisierung ergab sich aus der Sache selbst.⁷⁶

Gehen wir weiter, so finden wir, dass sich die neofaschistische Vereinigung, die *"Bruderschaft"*, ein Auffangbecken für ehemalige Faschisten, bereits 1949 an Franz Halder wandte, es bedürfe jetzt einer westdeutschen Streitkraft, denn *"Solange der Krieg nicht abgeschafft ist, ist in den Augen aller Generalstäbe der Welt ein Präventivangriff ein anerkanntes Mittel der Verteidigung."*⁷⁷ Es stellt sich, sehen wir uns diese Quellen an, die – wohlgermerkt der KPD zu diesem Zeitpunkt unbekannt waren – die Frage, ob die westdeutschen Revanchisten die Nazis brauchten, um den Krieg wieder führbar zu machen, oder ob die Nazis die Revanchisten brauchten, um wieder in Lohn und Brot gegen den Bolschewismus ziehen zu können. Die KPD-Analyse der Schritte der Aufrüstung gibt die Antwort: die westdeutschen Regierungen taten die ersten Schritte, gebraucht wurden die offenen Faschisten als "Spezialisten" wie als Stichwortgeber.⁷⁸

Die Erziehung zur Demokratie konnte diesem Staat, und auch den Westalliierten folglich nicht überlassen werden. Aus dieser Überlegung heraus die nationale Aufgabe zu bestimmen, diese Erziehung in den demokratischen Kämpfen zu organisieren, sollte also nicht überraschen.

Exkurs: das Verhältnis zur SPD

In Hamburg gab es Einheitsbestrebungen, die sogar zur Gründung gemeinsamer Gewerkschaften führten.⁷⁹ Jedoch wurden in den entscheidenden beiden Bereichen der politischen Tätigkeit der KPD die Differenzen sehr schnell so groß, dass eine Zusammenkunft nicht mehr gegeben war.⁸⁰ Die erste große Differenz betraf den Demokratie-Begriff, versuchte die KPD eine antifaschistisch-demokratische Grundordnung zu errichten, in der die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen die führende Rolle einnehmen. Die SPD sprach von einer revolutionären Situation, und stellte bereits auf dem Westzonen-Parteitag der SPD in Hannover 1946 fest: *"Es gibt nur eine Demokratie. Es gibt keine bürgerliche und keine proletarische Demokratie. Die deutsche Demokratie muss sozialistisch sein oder die gegenrevolutionären Kräfte werden sie zerstören. Die deutsche Sozialdemokratie lehnt jeden Rückfall in totalitäres Denken und Handeln entschlossen ab."*⁸¹ Diese sozialistische Demokratie, die aber nicht proletarisch sei, komme aber ohne Bodenreform aus, diese hatte den konkreten Sinn, die Bauern in den demokratischen Aufbau einzugliedern⁸² und die Junker, eine der Stützen des Faschismus, zu entmachten, ohne Entfernung der Faschisten aus den öffentlichen Ämtern und Funktionen, ohne die Übergabe der Kriegsgewinnler-Betriebe an die Werktätigen ohne Brechung der Macht der Monopole und das Verbot der Unternehmerverbände und, natürlich ohne die Einheit der Arbeiterparteien. Damit

chivverwaltung der DDR (Hrsg.): Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft, Berlin 1968, S. 193.

75 Kurt Hirsch: Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945. Ein Lexikon, München 1989, S. 229.

76 Protokolle, Arbeitspläne und andere Berichte, die sich unter den Quellen finden, legen jedoch nahe, dass diese aus dem heutigen Sprachgebrauch stammende begriffliche Differenzierung zu dieser Zeit anders mit Inhalt gefüllt war und sich anders auf die politische Praxis auswirkte. Die konkreten Differenzen bleiben weiterhin zu erforschen.

77 Ebenda, S. 198-200.

78 Vgl. Die sehr konkrete Nachzeichnung der Agitation und Ausrichtung der Bruderschaft bei Reinhard Opitz: Faschismus und Neofaschismus, Frankfurt am Main 1984, S. 243-256. Gemeint ist das Kapitel: "Die ersten Nachkriegsjahre. Die "Bruderschaft" Franke-Grickschs und Hasso von Manteuffels, ihre Geheimarmee und ihre "Europa"-Konzeption".

79 Gottlieb Weide: Von der SFG zum FDGB, in: Weg+Ziel, 7-8/1946, S. 12.

80 Paul Tastesen: Warum kam in Hamburg die Einheit nicht zustande? Ein Jahr Einheitsbestrebung in Hamburg, in: Weg+Ziel, Nr. 7-8/1946, S. 7-9.

81 Zit. n. K. Gr. [=Karl Grunert]: Ein Parteitag der Halbheiten und Widersprüche. Einige Bemerkungen zum Westzonenparteitag der SPD in Hannover, in: Weg+Ziel, Nr. 7-8/1946, S. 3-7, hier S. 5.

82 Harry Naujoks: Wie steht es um die Bodenreform?, in: Weg+Ziel, 7-8/1946, S. 10/11.

wurde die Grundlage der Totalitarismus-Theorie innerhalb der SPD gelegt.⁸³ *"Sozialismus als Tagesaufgabe"* war zwar ein zentraler Bestandteil der sozialdemokratischen Forderungen, entstammte aber auch den Illusionen einiger Aktivisten aus den direkt nach oder kurz vor der Befreiung (diese erfolgte in Hamburg an 3. Mai 1945) gegründeten Antifa-Ausschüssen.⁸⁴

Der wesentliche Punkt im Verhältnis zur SPD war der Kampf um die praktische Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse. Dabei lag ein ebensolcher Schwerpunkt auf den gewerkschaftlichen Kämpfen. Im Januar 1948 wird der DGB verteidigt, der sich gegen den Aufruf der westdeutschen katholischen Bischöfe wehrt, bei den Betriebsratswahlen nur christliche Kandidaten zu wählen. Es gelte, keinen Streit in religiösen Fragen "in den Betrieben und unter der Arbeiterschaft nicht wieder aufleben zu lassen."⁸⁵ In den praktischen Orientierungen der Organisationsabteilung der KPD finden wir die Orientierung, auf den ersten Landesparteitag der KPD Hamburg im Sommer 1948 hin, Mitglieder der SPD und Parteilose zur gemeinsamen Arbeit in den Massenorganisationen FDJ und DFD zu gewinnen.⁸⁶

Marshall-Plan

Die Zustimmung des Nürnberger Parteitags der SPD zum Marshall-Plan war ein wesentlicher Punkt, der das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten belastete, so schrieb die Hamburger Marxistische Arbeitsgemeinschaft in ihrer Auswertung: *"Der Marshall-Plan war das schirmende Dach, der Marshall-Plan die wirtschaftliche und politische Substanz der "sozialistischen" Politik des Nürnberger Parteitages."*, das sei zum einen mit der Aufgabe der Sozialisierungsforderungen verbunden, zum anderen damit, dass Clay mit seiner Erklärung, die Eigentumsfrage sei im Ruhrgebiet auf 20 Jahre hin zurückgestellt, nichts mehr entgegengesetzt werden könne. Bei einer nicht-Einhaltung dieser Position drohte dieser dem Gewerkschafter Kummernuß, könnten die Lebensmittellieferungen eingestellt werden.⁸⁷ Im Januar 1948 wird der Wallace-Plan als Alternative kurz dargestellt, dieser richtete sich gegen die Truman-Doktrin als Kern des Marshall-Plans und will das Ruhr-Gebiet unter gemeinsame Verwaltung stellen, den Deutschen aber die nationale Souveränität gewährleisten.⁸⁸ In der täglichen Agitation wurde das unterstrichen: durch die Zustimmung zur Politik des parlamentarischen Rates wurde der SPD die Möglichkeit genommen, weiterhin die Sozialisierungsforderungen zu vertreten.⁸⁹

Im März hält ein Genosse der Landesleitung, vermutlich Karl Grunert ein Referat in der Grundorganisation Eimsbüttel: *"Der Marshallplan bedroht Deutschland."*, es sei wesentlich zum Aufbau der *"Volksdemokratie"*, dass man den Aufbau auf demokratischem Wege und durch die eigene Kraft schaffe, dann könnten auch Handelsabkommen – als gleiche unter gleichen geschlossen werden. Zur *"Beseitigung des Währungschaos"* benötige man eine *"Währungsreform für ganz Deutschland"*. Dabei müssten die Reichen die Lasten tragen und die Spargelder des kleinen Mannes geschont werden. Monopole und Truste seien die Todfeinde der Volksdemokratie, es bedürfe einer Bodenreform zur Entmachtung der Junker und der Herren von gestern. Eine Handschriftliche Zufügung auf der Quelle macht die politische Orientierung deutlich: *"Wirtschaftspolitik Teil der Parteiarbeit, eine Front."* Der Zusatz *"eine Front"* kann sich dabei sowohl auf die Kampffelder der Partei beziehen, als auch eine Schlussfolgerung aus dem Titel sein: *"Wirtschaftspolitik, auch hier Kampffront Ost-West"*. Dann hieße er, man befinde sich in einer Front mit dem Osten, mit dem man sich zur dort bereits erkämpften Volksdemokratie vereinigen wollte. Zur Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten wurde dazu aufgerufen, sich auf die 28.

83 Reinhard Opitz: Zur Entwicklungsgeschichte der Totalitarismustheorie, in: Frank Deppe, Willi Gerns, Heinz Jung (Hrsg.): *Marxismus und Arbeiterbewegung. Josef Schleifstein zum 65. Geburtstag*, Frankfurt am Main 1980, S. 106-122.

84 Schmidt: *Verfolgte*, S. 330/331.

85 Kein Streit in religiösen Fragen, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 1.

86 KPD LO Hamburg Organisationsabteilung, Mitteilungsblatt Nr. 4 der Organisationsabteilung, 17.3.1948, in: Archiv GET/Büro, Akte 210, Dokument 6, Blatt 1-4. Vgl. Ebenfalls KPD LO Hamburg, Organisationsabteilung: Mitteilungsblatt Nr. 6 der Organisationsabteilung, Hamburg, 7.4.1948, in: Archiv GET/Büro, Akte 210, Dok. 7, Bl. 1-3 zur Vorbereitung des 1. Mai: das mitlaufen in den Gewerkschaftsorganisationen habe Vorrang gegenüber dem Mitlaufen in den Blöcken (sic!) der Partei.

87 Fiebru: *Unsere Stellung*, S. 28-29.

88 Ruhrgebiet im friedlichen Aufbau. Wallace für nationale Souveränität, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 1.

89 Im Taumel der Ziellosigkeit, in: HVZ vom 27/28.11.1948, S. 2.

Punkte zu beziehen.⁹⁰ Hinter dieser etwas kryptischen Positionierung stehen die 28 Punkte, mit denen Bürgermeister Brauer 1946 angetreten war. An diesem Tag wurde der Hamburger Senat vereidigt. Hamburg hatte damit als erstes Land der britischen Besatzungszone eine demokratisch gewählte Regierung.⁹¹ Die Hamburger Märzkundgebung erhebt einen Tag später in einem Brief an Dr. Köhler, den Präsidenten des Zweizonen-Wirtschaftsrates "flammenden Protest" gegen die Schaffung dieses Rates, "da diese zur Spaltung Deutschlands beiträgt." Gleichzeitig sei der Rat nicht gewählt worden, er stelle aber "eine Körperschaft" dar, "die in der Auswirkung ihrer Rechte einer Regierung gleicht." Gefordert wird ein "Volksentscheid des gesamten Deutschen Volke mit der Frage E i n h e i t oder S p a l t u n g Deutschlands". Die Versammlung habe den Protest einstimmig angenommen.⁹²

In Hamburg findet im November 1948 eine Versammlung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr statt, auf der der ehemalige Wirtschaftssenator (Februar 1946 bis 1948) Otto Borgner⁹³ spricht. Die Unternehmer, unter ihnen auch die Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler hätten sich bereits in über 180 Unternehmerverbänden wieder organisiert, es gelte dagegen die Arbeiterklasse zu einen. Aktionen wie der Streik vom 12. November seien ein Erfolg, es gelte aber daran anzuknüpfen.⁹⁴ Zu diesem Zeitpunkt hatten beinahe alle Hamburger Betriebe im Rahmen eines 24-Stündigen Generalstreiks der gesamten britischen Zone gestreikt, nachdem zwei Tage zuvor ein erneuter Versuch der SPD, Dr. Pünder und Ludwig Erhard per Misstrauensvotum aus dem Wirtschaftsrat zu entfernen, gescheitert war. Dr. Pünder hält ungeachtet der fast 100%igen Streikbeteiligung an seiner Wirtschaftspolitik fest.⁹⁵ Die Arbeiterklasse sei zu einen und die Sozialisierung voranzutreiben. Den Marshall-Plan könne man annehmen, aber die Amerikaner würden auf absehbare Zeit in ökonomische Schwierigkeiten kommen, und das Geld dann sicher zurückerstattet bekommen wollen.⁹⁶ Otto Borgner wird im Oktober 1948 gegen den sozialliberalen Anhänger des Marshall-Planes und späteren intellektuellen Kopfes hinter der integrationistischen, gewerkschaftsfeindlichen Strategie der "konzertierten Aktion" Karl Schiller ausgetauscht.⁹⁷ Diese Anekdote zeigt die Ansatzpunkte für die Aktionseinheit, wie auch die Bereiche, an denen die Partei die weltanschauliche Auseinandersetzungen suchen musste.

Der "Bonner Rat"

Der parlamentarische Rat in Bonn, eingerichtet nach den "Londoner Empfehlungen" der Alliierten wurde von der KPD, obgleich sie in ihm agierte, bekämpft. Nachdem die Wünsche westdeutscher Militärgouverneure bekannt geworden waren, eine westdeutsche Regierung zu schaffen forderte die KPD im November 1948 seine Auflösung. Zentral sei vor allem, dass der parlamentarische Rat nicht das Mandat des deutschen Volkes erhalten habe, sondern auf Wunsch der alliierten gegründet wurde und unter deren Einfluss stünde. "Dieser Beschluss der

90 Unbekannter Autor (Aufgrund der Zusammenstellung der Quellen liegt es nahe, dass es sich um Karl Grunert handelt. Vgl. Dazu einen Beitrag des Autors zur Quellenkritik in der GET, der demnächst in den Mitteilungen des FABGA erscheint): Wirtschaftspolitik, auch hier Kampffront Ost-West. Referat in Eimsbüttel am 18.3.1948, in: Archiv GET/Büro, Akte 210, Dokument 3, Bl. 1. Der Veranstaltungskalender der HVZ vom 17.3.1948 (die nächste Nummer (14) erscheint erst am 20. März) gibt eine derartige Veranstaltung nicht an. Ob es sich also um das Referat der Märzkundgebungen zum 100. Jahrestag der Märzrevolution handelte, oder um ein Referat zu aktuellen Aufgaben während einer Funktionärsversammlung, ist ungeklärt. Es werden 1948 100-Jahr-Feiern abgehalten, obgleich sich die KPD mit einem Antrag, den 18. März zum Feiertag zu erklären, nicht durchsetzen konnte, Vgl. Szodrzynski: Chronik, 4, S. 115/116.

91 Szodrzynski: Chronik, 4, S. 64.

92 F. d. R. (?) an den Zweizonen-Wirtschaftsrat, z. Hd. [zu Händen] des Präsidenten Herrn Dr. Köhler in Frankfurt am Main, Hamburg-Wellingsbüttel, 19.3.1948, in: Archiv GET/Büro, Akte 210, Dok. 4, Bl. 1.

93 "Borgner, Otto August, geb. 27. Februar 1892 in Bielefeld, Kaufmann [es folgt die Adresse] Besuch der Oberrealschule, rechts- und staatswissenschaftliches Studium, Tätigkeit im Bankfach und Genossenschaftswesen. 1945 bis 1946 Senator in Hamburg, M. d. B. seit 1931 (SPD), erneut seit Februar 1946 (SPD)", Vgl. Hamburgische Bürgerschaft (Hrsg.): Verzeichnis, S. 10.

94 Vgl. Den Bericht: 60 000 Mark verdient – 600 Mark Geldstrafe, in: HVZ vom 27/28.11.1948, S. 2. Der Titel bezieht sich auf eine der berichteten Geschichten, er habe einen Unternehmer wegen Schiebereien verklagt, dieser habe einen Gewinn von 60 000 Mark eingefahren und musste nur 600 Mark Strafe zahlen.

95 Szodrzynski: Hamburg Chronik, 4, S. 149/150.

96 60 000 Mark verdient, S. 2.

97 Szodrzynski: Hamburg Chronik, 4, S. 141/142.

Besatzungsmächte entspricht den Absichten der reaktionärsten politischen und wirtschaftlichen Gruppen Westdeutschlands, und er wird von ihnen gebilligt und mit allen Kräften unterstützt." Folglich sei es Aufgabe des Rates, sich aufzulösen, und gemeinsam von den Alliierten gesamtdeutsche Wahlen und einen Friedensvertrag zu verlangen. Abgeleitet wird das aus dem Willen des deutschen Volkes, dieses sei für die Einheit Deutschlands, "Deshalb verlangt es die sofortige Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die Aufhebung der Zonengrenzen, die Durchführung einer einheitlichen Währung und gleichzeitig die Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen Einheit. Aus gleichen Gründen fordert das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit den Abschluss eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen." Der Antrag wird gegen die Stimmen der KPD abgelehnt, ohne dass darüber eine Diskussion geführt würde.⁹⁸ Diese Orientierung der Partei wird agitatorisch von einer Glosse gestützt, die diverse aktuelle antikommunistische Kampagnen aufnimmt, um hier die Ablenkung von Privatgesprächen zwischen General Robertson und Konrad Adenauer zu kritisieren.⁹⁹

Der Barmbeker Galvaniseur und Metallschleifer berichtet: *"Ich habe 1946 als erstes wieder daran geglaubt, daß wir versuchen sollten mit der sog.[enannten] Ostzone wieder zusammenzukommen. Wir haben versucht, im weitesten Sinne Kontakte dort herzustellen. Wir sind auch eingeladen worden. Aber gerade der Betriebsratsvorsitzende Jenner, ein Sozialdemokrat, hat es uns sehr schwermgemacht. Er zitierte sich zu uns und warf uns vor, wie wir überhaupt dazu kämen, dort hinüber zu fahren, wir würden doch den Leuten das Brot nehmen. Wir haben es doch gewagt uns dort mit einigen parteilosen und parteilichen Kollegen zu treffen. Die Fahrten waren natürlich sehr abenteuerlich. Wir wurden bei Nacht und Nebel an die Grenze gebracht und im Wald von einem Sonderzug empfangen. Auf der Rückfahrt sind wir von der (späteren) Bundesrepublik her mit Maschinengewehren beschossen und mit Scheinwerfern und Hunden verfolgt worden. Ich bin dann mit meinen beiden Kollegen allein und ohne die Masse gegangen. In einem Vorort von Lübeck kamen uns dann auch 150 von den Grenzern gefangene Leute entgegen. Wir haben dazu nur gelacht und sind in den Zug nach Hamburg gestiegen. Dieses waren die ersten Eindrücke als junger Mann von 18 Jahren, der versucht hatte, die Einigkeit Deutschlands herzustellen."* Ein anderer Kollege berichtet vor allem vom starken Druck gegen die Sowjetunion und durch Adenauer.¹⁰⁰ Ins Verhältnis zum Kampf um die deutsche Einheit setzen die Hamburger Kommunisten auch die Glückwünsche zum 72. Geburtstag Wilhelm Piecks.¹⁰¹

Innerhalb des Bonner Rats, den die Kommunisten in seiner Funktion einer nicht gewählten westdeutschen Regierung ablehnen, greifen sie dennoch ein in die Gestaltung des Grundgesetzes. Damit beginnt aber ein neues Kapitel, das des Kampfes innerhalb der BRD.

Weitere Forschungen

Dieser Bereich der Geschichte ist bisher nur unter dem Vorzeichen bundesdeutschen Antikommunismus aufgearbeitet worden. Eine Historiographie aber, die von den Interessen der Arbeiterklasse ausgeht, wird die vielfältige Hilfe der ostdeutschen Genossinnen und Genossen nicht nur anders bewerten, sondern viele positionelle und politische Fragen überhaupt erst richtig einordnen können. Ausgehend von der Darstellung des neuesten archivalischen Forschungsstandes, können derzeit dazu die Akten der Abteilung internationale Verbindungen und die Westabteilung des ZK der SED sowie die Nachlässe von Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Franz Dählem untersucht werden.¹⁰² Eine Darstellung und Aufarbeitung des ostdeutschen Forschungsstandes existiert, neben der "Aufarbeitungsindustrie" der 90er Jahre von marxistischer Seite ebenfalls nicht.¹⁰³

98 Auflösung des Bonner Rates gefordert, in: HVZ vom 27/28.11.1948, S. 1.

99 Bonn, ein Skandal, in: HVZ vom 27/28.11.1948, S. 2.

100 Lamprecht: Erinnerungen, S. 316/317. Dem Antikommunismus, in Form der Antisowjet-Hetze gegenüberzutreten war ständige Aufgabe der Partei, Vgl. Die Verteidigung der DDR gegen den Vorwurf der Gewerkschaftsfeindlichkeit in: Um die Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Macht, in: HVZ vom 27/28.11.1948, S. 1.

101 Wilhelm Pieck, 72 Jahre, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 2. Ebenfalls Die Liebe zum schaffenden Volk, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 2.

102 Günter Benser: Erschließungsarbeiten, Internetrepräsentation und Bestandszugänge der SAPMO (BArch), in: Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. (Hrsg.): Mitteilungen, Nr. 54/September 2018, S. 4-7.

103 Als Quellen hierzu dienen die Ausarbeitungen der ostdeutschen Historiker zu und in ihrer Vergangenheit

Dieser Bericht orientierte wesentlich auf die KPD. Deren Bündnispartner wie die mit der Partei freundschaftlich verbundene FDJ und ihre Aktionen wurde weitgehend ausgelassen. Gleichwohl ergibt sich bei der Betrachtung der westdeutschen FDJ eine stärkere Orientierung auf soziale Bereiche¹⁰⁴ und antifaschistische Kämpfe¹⁰⁵ als auf die Frage der Verteidigung der deutschen Einheit. Die Arbeit des demokratischen Frauenbundes war bis 1950 von den Besatzungsmächten als Organisation unterbunden¹⁰⁶ – die Mitglieder kämpften unter der Schwerpunktsetzung der Erkämpfung der Gleichstellung mit der Betonung der Friedensfrage "näher dran" an den Auseinandersetzungen der Partei, spielte aber ebenfalls eine eigenständige Rolle.¹⁰⁷ Eine Rolle spielen weiterhin Antimilitaristen und Friedensfreunde auch außerhalb der Partei.¹⁰⁸

Nachbemerkungen nach dem Halten des Vortrags

Der vorliegende Beitrag war, um mündlich als Vortrag gehalten zu werden, zu lang. Er liegt zur Veröffentlichung hier dennoch als Ganzes, nach dem Halten des Vortrags lediglich stilistisch überarbeitetes Manuskript vor. Ein kompilierter Beitrag erschien, zusammen mit einigen zur Illustration dienenden Fotos und einem Beitrag des Autors zur Berichterstattung über die Tagung bereits in der UZ vom 19.10.2018.

Zur Erleichterung der Diskussion wurden vom Autoren an das Ende des Vortrags folgende Thesen gesetzt:

1. Die Konzeption der KPD war eine offensive, durch die Ersetzung reaktionär-bürokratischer Formen durch revolutionär-demokratischer, durch die Mobilisierung der Volksmassen sollte die Spaltung durch die Erkämpfung einer Volksdemokratie verhindert werden. Antifaschistische und demokratische Kämpfe begleiteten diese Konzeption, die Ausschaltung alter Faschisten und die Demokratisierung fielen zusammen. Der Kern aller dieser Konzeptionen war die Mobilisierung und Organisation der Klasse, damit sie auf ihre Bündnispartner ausstrahlen konnte.
2. Die nationale Frage wurde, als Teil der Kämpfe um den Klassencharakter des Staates, mit dem Klasseninhalt der Arbeiterklasse gefüllt.
3. Bündnisorientierung und die Positionierung in der nationalen Frage fielen zusammen damit, in einer volksfrontartigen Art und Weise soziale Schichten und politische Bündnispartner zu sammeln. Volksfrontartig deswegen, weil mit der Hinzuziehung der Kaufmannschaft (wobei noch zu klären wäre, wie das in der Praxis aussah) über die bei Dimitroff benannten Partner der Volksfront hinausgegangen wurde.
4. Die Währungsreform wurde als notwendig erachtet. Die Art und Weise der Umsetzung so allerdings nicht erwartet, Sie wurde, sobald durchgeführt, als Teil der deutschen Spaltung begriffen und kritisiert, real bekämpft werden konnte sie nicht mehr.
5. Der Marshall-Plan wurde mit seiner ersten Erwähnung als das erkannt, was er war, die Gegenorientierung war der "Aufbau aus eigener Kraft".

Zum Verhältnis von Offensive und Defensive entspann sich auf der Konferenz eine spannende Debatte. Als Abschlusspunkt seitens des forschenden Historikers sei methodisch angemerkt, dass die "Dialektik von Offensive und Defensive" (Vgl. Dazu die Arbeiten Kurt Gossweilers vor

selbst, Vgl. Günter Benser: Forschungen zur deutschen Geschichte 1945-1949, in: Historische Forschungen in der DDR 1960-1970. Analysen und Berichte zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970 (Sonderheft der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft), Berlin 1970, S. 590-608. Ebenfalls Hellmuth Kolbe/Werner Pfaff: Forschungen zur Geschichte Westdeutschlands, in: ebenda, S. 634-650.

104 So wurde im November 1948 ein Treffen der schaffenden Jugend in Bochum geplant, bei dem wesentlich Aufgaben der betrieblichen Kämpfe diskutiert wurden. Die Besatzungsbehörden verboten das Treffen. Vgl. Gruß an die schaffende Jugend, in: HVZ vom 27/28.11.1948, S. 1.

105 Die Hamburger FDJ protestierte im Januar 1948 gegen die Entlastung Veit Harlans durch den "Hamburger Zentralausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten, Vgl. Jugend verlangt Gerechtigkeit, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 1. Die Verbundenheit der FDJ mit der Zeitung zeigt auch die von I. Wachsmuth geschaltete Anzeige zum Dank an die HVZ im Namen des Landesverbands Hamburg der FDJ, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 2.

106 Günther Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus: Einleitung. Zu einigen Fragen der Nachkriegsgeschichte der KPD, in: dies. (Hrsg.): Dokumente, S. 11-134, hier S. 30.

107 So zur Verteidigung der "politischen Frau" und zur Mobilisierung hin zum Budapester Treffen der Internationalen demokratischen Frauen-Föderation im November 1948, Vgl. Erika Schwarz: Deutsche Frauen reisen nach Budapest, in: HVZ vom 27/28.11.1948, S. 2.

108 Dem Gründer der deutschen Liga für Menschenrechte, Otto Lehmann-Rußbüldt wird zum 75. Geburtstag gratuliert, Vgl. Otto Lehmann-Rußbüldt 75 Jahre, in: HVZ vom 3.1.1948, S. 2.

allem zum Jahr 1933 und der einzuschlagenden Taktik der Kommunisten) zwischen Kapital und Arbeit möglichst konkret auf allen Ebenen: in Großbetrieben, Stadtvierteln, in der Stadt und im Reich (bis 1949). Eine Darstellung müsste auch die konkreten Themenfelder umreißen: im Bereich der Sozialpolitik konnte dem kommunistischen Senator Dettmann nichts vorgeworfen werden, es gab Beschlüsse aus Solidarität mit ihm zu streiken. Erst die antikommunistische Propaganda konnte ihn aus dem Amt entfernen. Solcherlei regionale Studien könnten aber sehr viel genauer diese Frage zu klären helfen.

Eine weitere Debatte um den Begriff der Demagogie Kurt Schumachers schloss sich an. Hierzu müsste quellenbasiert und biographisch weitergearbeitet werden und die subjektiv-bewussten Zeugnisse mit denen der objektiven Funktion dieser Aussagen im Klassenkampf abgeglichen werden. Ansätze dieser Arbeit liegen bei den diskutierenden Genossen bereits vor.

Prof. Dr. Eckart Mehls

Zur Geschichtspolitik der gegenwärtig die politische Landschaft in Polen maßgeblich bestimmenden Partei " Prawo i Sprawiedliwość " (PiS) ^{*109}

Geschichts- oder Erinnerungspolitik war und ist seit Jahrhunderten ein nicht unwesentlicher Bestandteil des umfangreichen Instrumentariums politischer Machtkämpfe und des Bemühens der jeweils herrschenden politischen Formation um Stabilisierung ihrer errungenen Position. Auf den seit langer Zeit üblichen Missbrauch der Geschichtsschreibung für vordergründig politische Zwecke verwies der bekannte Krakauer Althistoriker Prof. Aleksander Krawczuk mit dem Zitat eines britischen Essayisten des XVIII. Jahrhunderts: "Als die Götter gewahr wurden, dass selbst sie die Geschichte nicht zu ändern vermögen, schufen sie die Historiker." ¹¹⁰

Aus vielerlei Gründen spielt angesichts der offenkundigen und bekannten Besonderheiten der Geschichte Polens seit langer Zeit eine intensiv geführte Debatte über Wesen, Zielstellungen und konkrete Ausprägungen der Geschichtspolitik als ein wesentlicher Bestandteil im gesamten Instrumentarium der politischen Machtkämpfe eine herausragende Rolle.

Dies wurde bereits während der ersten von der PiS maßgeblich geführten polnischen Regierung von 2005 bis 2007 deutlich sichtbar, wie ich in einem Beitrag in den zu jener Zeit noch erscheinenden Jahrbüchern "Osteuropa in Tradition und Wandel" unter dem Titel "Geschichtspolitik in der Strategie der Gestaltung der »IV. Republik« in Polen." zu beleuchten versucht habe. ¹¹¹

Unter Verzicht auf Wiederholung seinerzeitiger Aussagen sei dem lediglich hinzugefügt, dass auch nach der Wahlniederlage der von der PiS geführten Regierung die nachfolgende Regierung unter Federführung der "Platforma Obywatelska" (PO), zunächst unter Donald Tusk, sich der Nutzung der Geschichtspolitik als eines wesentlichen Instrumentes der Einflussnahme auf die polnische Gesellschaft befleißigte. Ohne im Einzelnen darauf eingehen zu können, da dies den ohnehin stark begrenzten Raum völlig sprengen würde, sei nur auf die von Tusk in der heftig geführten Diskussion über die polnische Geschichte stark unterstützte These von dem für Polen erst mit dem Jahr 1989 beendeten Weltkrieg verwiesen. De facto wurde auch hierdurch die bereits in der Verfassung der Republik Polen aus dem Jahr 1997 als verbindliche Position für die Wertung der polnischen Geschichte erfolgte Eliminierung der Volksrepublik Polen aus der Geschichte polnischer Staatlichkeit bekräftigt.

Voraussetzungen für eine erfolgreiche spezifische Geschichtspolitik der PiS

Die wesentlichsten Voraussetzungen für das erfolgreiche Wirken der von der PiS maßgeblich geprägten Geschichtspolitik und ihre spürbaren Erfolge entstanden im Jahr 2015. Sowohl aus den Präsidentenwahlen als auch aus den Parlamentswahlen im Herbst jenes Jahres ging die PiS als stärkste Kraft erfolgreich hervor. Mit Andrzej Duda als Präsident und Beata Szydło als Premierministerin traten vorher weitgehend unbekannte Persönlichkeiten in den Vordergrund, während Jarosław Kaczyński als Parteivorsitzender in den Hintergrund trat und von dort als spiritus rector unangefochten die Richtlinien der Politik bestimmte. Im Übrigen führte das in Polen geltende Wahlsystem zu einigen für die PiS eigentlich unerwarteten, aber das Regieren überaus stark begünstigenden Faktoren für die Realisierung der errungenen Machtposition. Unter Berücksichtigung einerseits einer geringen Wahlbeteiligung und andererseits die PiS begünstigender Faktoren zog diese mit einem realen, auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten bezogenen Anteil von 19 % der Stimmen mit einer absoluten Mehrheit ins Parlament ein. Die Opposition hat keinerlei Chancen, im normalen Gesetzgebungsverfahren der regierenden Partei effektiven Widerstand entgegenzusetzen, lediglich verfassungsändernde Vorhaben können verhindert werden. Seitens der die Regierungsgewalt in ihren Händen haltenden PiS wird offensiv die The-

109 Einführungsvortrag in der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises in Berlin-Weißensee am 24. Mai 2018.

110 Dzieje Polski widzę z dalszej perspektywy. Rozmowa Leszek Konarski - Prof. Aleksander Krawczuk. In: Tygodnik Przegląd (Im Folgenden: Przegląd)1/2011 (01.09.2011).

111 Mehls, Eckart: Geschichtspolitik in der Strategie der Gestaltung der "IV. Republik" in Polen. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Band 9. Leipzig 2007. S. 279-313

se vertreten, dass damit die stärkste und von jeglicher Opposition geschützte Partei vom "Volk" mit der Machtausübung betraut wurde, um das Wohl des Volkes zu sichern und zu mehren. Eine erste sehr eindeutige Positionsbestimmung gab bei der Eröffnungssitzung des 2015 gewählten Sejm der traditionsgemäß die Sitzung des Parlaments eröffnende Alterspräsident Kornel Morawiecki (Kukiz'15; nebenbei bemerkt Vater des jetzigen Ministerpräsidenten) mit der Erklärung, dass es oberste Pflicht der Politik sei, die Interessen des Volkes zu vertreten, wobei das Wohl des Volkes über dem Gesetz stünde.

Die PiS - Regierung ging in schnellem Tempo daran, ihre errungene Machtposition entschlossen für die Sicherung und Erweiterung ihrer Einflussmöglichkeiten auszunutzen. Ohne auf Einzelheiten der angewandten Verfahren eingehen zu können, seien lediglich die wichtigsten Schritte auf dem Wege des Ausbaus der errungenen Positionen hier kurz benannt, worüber im Übrigen ausführlich in den Medien berichtet wurde. Erreicht wurde zwischenzeitlich die Liquidierung eines unabhängigen, für die Garantie der Übereinstimmung des Regierungshandelns mit den verfassungsrechtlichen Grundlagen des Staates unerlässlichen Verfassungsgerichts. Die traditionell für den sogenannten demokratischen "Rechtsstaat" essenzielle Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Judikative ist praktisch überwunden, insbesondere betrifft dies die Liquidierung einer unabhängigen Justiz¹¹². Es ist durchgesetzt worden, dass der Justizminister zugleich die Funktion des Generalstaatsanwaltes ausübt und darüber hinaus mit der Befugnis ausgestattet wurde, ohne Begründung Richter aller Ebenen von ihrem Dienst zu suspendieren. Das Bildungswesen und damit die ausschließliche Kompetenz in allen Fragen der Strukturen des Schulwesens und der Gestaltung der Lehrbücher in der Verantwortung des Ministeriums für das Schulwesen ist eine der ganz wesentlichen Voraussetzungen für die Erziehung und Bildung der heranwachsenden Generationen. Ein großer Teil der Medien wurde direkt der Regierung unterstellt, während zugleich die innigen Verbindungen zum Medienverbund des Priesters Rydyk in Torun (Radio Marya, TV Trwam u. a.) im Sinne der politischen Orientierungen der PiS ausgebaut wurden.¹¹³

Wenn es um die Frage nach den besonderen Voraussetzungen der Wirksamkeit der von der PiS betriebenen Geschichtspolitik geht, ist darauf hinzuweisen, dass es der gegenwärtigen Regierung gelungen ist, die Ursachen des Scheiterns ihrer Regierungsverantwortung 2007 intensiv auszuwerten und ihr Wählerpotenzial relativ fest an sich zu binden. In deutlichem Gegensatz zu der von der PO geführten Vorgängerregierung ist im Vorfeld der Wahlen ein starkes Gewicht auf soziale Fragen gelegt worden, insbesondere das realisierte Versprechen, ein Kindergeld in Höhe von 500 Złoty monatlich einzuführen, hat sich als sehr förderlich für die Stabilisierung der Klientel der PiS erwiesen. Zusätzlich hat sich eine breit angelegte demagogische Kampagne zur Herabwürdigung der Vorgängerregierung, mit Slogans bis hin zur Beschreibung der Lage in Polen als "Land in Ruinen", als wirksam in den vor allem PiS-affinen ländlichen Gebieten Polens erwiesen.

Übergreifende Ziele der Geschichtspolitik der PiS

Gestützt auf die historisch bedingt besonders starke Ausprägung der Hinwendung der polnischen Gesellschaft zur Geschichte des Landes war und ist es ein im Vordergrund des politischen Wirkens der PiS stehendes Bemühen, über gezielte geschichtspolitische Debatten ihren Einfluss auf ihre Wählerschaft in größtmöglichem Maße zu verstärken. Geschichts- oder, wie auch häufig formuliert wird, Erinnerungspolitik nimmt daher als eines der wichtigsten Elemente einen herausragenden Platz im Gesamtkonzept des politischen Wirkens der PiS ein. Es geht, erfolgreich, um es ganz nüchtern einzuschätzen, darum, wie es Bronisław Łagowski, emeritierter Professor der Jagiellonen-Universität Krakau und ständiger Autor bemerkenswerter Beiträge in der linksliberalen Zeitschrift " Przegląd " formulierte, "um die Macht über die polnische Seele". In seiner Betrachtung unter diesem Titel verwies er auf einen nicht namentlich genannten Journalisten, wahrscheinlich dem Beraterkreis des Vorsitzenden der PiS zugehörig, der kurz und bündig feststellte, dass die PiS die Wahlen im Jahr 2015 dank ihrer Geschichtspolitik ge-

112 Siehe dazu u.a.: Bachmann, Klaus: Eine Justizreform, die Brücken verbrennt. In: Polen-Analysen Nr. 126 (<http://www.laender-analysen.de/polen>). S. 2 ff.

113 Ausführlich dazu: Kublik, A_ Rząd bierze media publiczne. <http://wyborcza.pl/1,75398,19419297,rzad-bierze-media-publiczne.html>. (D 160102)

wonnen habe.¹¹⁴

Wenn es an dieser Stelle zunächst erst einmal um eine allgemeine Charakterisierung der von der PiS betriebenen Geschichtspolitik und deren inhaltliche Orientierungen geht, sei mir hier ein längeres und zugleich sehr aufschlussreiches Zitat gestattet. Es handelt sich um einen Auszug aus dem Geleitwort des gegenwärtigen Direktors des IPN, Jarosław Szarek, zum nach einer fünfjährigen Pause Anfang 2017 erneuten Erscheinen des "Biuletyn IPN", das den "geschätzten Lesern" eine sehr aussagekräftige Information über die selbstgesteckten Ziele und die Mission der "Zeitschrift über die neueste Geschichte Polens", darbietet. Es heißt dort:

"... Die Liquidierung des Bulletins des Instituts für das nationale Gedenken im Dezember 2011 ... traf unglücklicherweise zusammen mit einer Zeit von Veränderungen im Bildungswesen, die in erheblichem Maße die Präsenz der Geschichte in den Schulen eingrenzte. Viele staatliche Institutionen wie auch von ihnen gestützte Einrichtungen verhielten sich damals mit Geringschätzung zu den Traditionen der Unabhängigkeitsbewegung und hielten sie für überflüssig. Zugleich nahm in der jungen Generation das Interesse an der vaterländischen Geschichte zu. Aus diesen Aktivitäten erwachsen neue Schlagworte, Vereinigungen und sogar Moden. Mit ihnen verband sich die Ablehnung der Missachtung des Polentums, der Politik des Vergessens und der Relativierung und Verwischung der Grenzen zwischen Gut und Böse, aber auch der Hunger auf Gerechtigkeit, hervorgerufen durch fehlende Verurteilung der kommunistischen Verbrechen. Dies alles führte zu einem Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins, des Sich-Erinnerns an unsere Helden und an den guten Namen der Republik. Die junge Generation, besonders aktiv im erinnern an die polnische Unabhängigkeitstradition, bezieht sich am häufigsten auf das Phänomen der "Unbeugsamen Verfemten Soldaten", aber bezieht sich auch auf die Kriegstraditionen, vor allem des Polnischen Untergrundstaates. Im vergangenen Jahrhundert wurden wir mit einer dramatischen Erfahrung konfrontiert. Der deutsche und sowjetische Totalitarismus verhängten über uns das Todesurteil, verurteilten die Polen in der Zeit des II. Weltkrieges zur physischen Ausrottung. Nach seiner Beendigung zwangen uns die Kommunisten - sich auf heimische Renegaten stützend - für Dutzende Jahre ein unserer Tradition völlig fremdes System auf, die gesellschaftlichen Bindungen, die Religion, die Werte, die Kultur, die Geschichte vernichtend. Die Unabhängigkeitseliten - in hohem Maße in der Zeit des Krieges ermordet - wurden in den ersten Nachkriegsjahren zu Grunde gerichtet. Später wurden sie systematisch degradiert und ersetzt durch - wie es Prof. Anna Pawełczyńska nannte - Lumpeneliten, d. h. Leuten, ent wurzelt vom kulturellen Erbe, frei von Sensibilität für Wahrheit, Gutes und Schönes, bereit zum Dienst für Fremde...."¹¹⁵

Zu Aufgaben, Zielen und methodischem Vorgehen bei der Gestaltung der Geschichtspolitik der PiS wird seit mehr als 10 Jahren in verschiedenen Gremien und Kreisen an der Umsetzung der PiS-gesteuerten Geschichtspolitik Beteiligten sehr ausführlich darüber diskutiert, wie denn überhaupt die zu betreibende Geschichtspolitik zu definieren sei. Dazu organisierte das IPN im März 2006 eine erste hochrangig besetzte Diskussionsrunde zum Thema "Polska polityka historyczna" (Polnische Geschichtspolitik). Der seinerzeitige Direktor des IPN, Prof. Dr. Kurtyka, gab, gewissermaßen als Richtschnur für die Beratungen, vor: "Wenn wir über Geschichtspolitik sprechen, denken wir an bestimmte Handlungen, die wir als Staat unternehmen, um der Gesellschaft etwas zu eigen zu machen, was wir für wichtig halten."¹¹⁶ Und dies präzisierend, vertrat Michał Pawiński vom Museum der Geschichte Polens seine Sicht wie folgt: "Propaganda basiert auf Vorbringen von Halbwahrheiten, d.h. Darreichen sowohl richtiger als auch unrichtiger Fakten, auf Vermischen von Wahrheit und Halbwahrheit zu einem bestimmten Zweck. Die Geschichtspolitik hingegen hat sich auszuzeichnen durch das Vorbringen von Fakten, nicht der Anführung aller Fakten, sondern lediglich jener, derenthalben man Stolz empfinden kann, allerdings bei strikter Einhaltung des Grundsatzes, dass es nicht zulässig ist, falsche Fakten vorzubringen. Und hierdurch, unter der Prämisse, dass Propaganda etwas Verwerfliches ist, haben sich beide Begriffe zu unterscheiden."¹¹⁷

114 Bronisław Łagowski: O władzy nad polską duszą. In: Przegląd 11/2018. S. 13

115 Biuletyn IPN. PISMO O NAJNOWSZEJ HISTORII POLSKI. NR 1-2 (134-135), styczeń-luty 2017. S. 5.

116 Polska polityka historyczna. In: Biuletyn IPN 5/2006. S. 13

117 Ebenda, S. 32

Grundsätzlich haben sich die kurz skizzierten Positionen im Verlauf des letzten Jahrzehnts kaum verändert. So erschien in dem nun wieder neu erschienenen Bulletin des IPN in der Nr. 4 des Jahrgangs 2017 ein Artikel von Tadeusz Płużański unter dem Titel "Jaka powinna być polityka historyczna Polski" (Wie muss die Geschichtspolitik Polens sein), in dem der Autor kurz und bündig formuliert: "Was ist Geschichtspolitik? Das ist in höchstmöglicher Kürze die Formierung des Geschichtsbewusstseins der Bürger. Dieses Bewusstsein müssen staatliche Institutionen herausbilden, und nicht nur nichtstaatliche Organisationen oder Grüppchen von Hitzköpfen." Sein Plädoyer für eine "patriotische Geschichtspolitik" beendet er schließlich mit der dem Zeitgeist entsprechenden Lobeshymne auf den in der Smolensker Flugzeugkatastrophe ums Leben gekommenen polnischen Staatspräsidenten: "Aber dank des Präsidenten seligen Angedenkens Lech Kaczyński erschien vor einigen Jahren Licht am Ende des Tunnels. Dem ehemaligen Präsidenten gelang es, unter den jungen Polen eine Hinwendung zum Patriotismus auszulösen. Und diese Tendenz hält schon nichts und niemand mehr auf. Unsere Pflicht ist die Stärkung patriotischer Werte und des nationalen Geistes in den nachfolgenden Generationen der polnischen Jugend. Anzufangen ist mit der Definierung grundlegender Werte, solcher wie Gut und Schlecht, Held und Verräter, Freiheitskämpfer und Okkupant."¹¹⁸

Zum Instrumentarium der Geschichtspolitik der PiS

Zur Erreichung der kurz umrissenen grundsätzlichen Ziele der Geschichtspolitik der PiS ist ein breites Spektrum von Institutionen und anderen Möglichkeiten zur "Formierung des Geschichtsbewusstseins der Bürger" entwickelt worden. Zu den mir am wichtigsten erscheinenden Bestandteilen, ohne dass damit eine begründete Rangfolge verbunden ist, mit deren Hilfe die Geschichtspolitik in dem weiter oben genannten Sinne umgesetzt werden soll, seien hier nur die folgenden genannt.

Die "Verstaatlichung" der Medien ist bereits erwähnt worden. Dem Gesagten ist hinzuzufügen, dass es nicht gelungen ist, eine völlige Gleichschaltung der Medien zu erreichen. Gelungen ist zwar die Umwandlung der "öffentlichen" Medien in sog. nationale, betroffen werden konnte davon aber nicht ein Großteil der Printmedien, die entweder in erheblichem Umfang im Besitz ausländischer Eigentümer sind oder aber von privatrechtlichen Trägern geleitet und inhaltlich gesteuert werden. Dies betrifft neben den Printmedien auch einflussreiche Radio- und Fernsehsender, was u. a. auch dazu führte, dass die Zuschauer- und Hörerzahl der "nationalen", also de facto von der PiS gesteuerten, Sendeanstalten rapide zurückgegangen ist.

Das Schulwesen ist ebenfalls bereits kurz erwähnt worden. Zu strukturellen Veränderungen, die nach der Übernahme der Regierungsgewalt erfolgten, kann, da es sich um ein eigenes Kapitel handeln würde, hier leider nichts hinzugefügt werden. Zum Umgang mit der Geschichte Polens in den Schulen sei hier lediglich in voller Länge der Brief einer Leserin des "Przegląd" wiedergegeben. Sie schrieb Ende Oktober 2017:

" Ich habe heute in das Geschichtslehrbuch für die 6. Klasse geschaut. Ein Grauen! Das Lehrbuch behandelt die Zeiten von den Teilungen Polens bis zur Gegenwart. Unter den Ursachen der Teilungen gibt es nicht einmal eine Erwähnung der Targowitzer. Ich ging dann zum II. Weltkrieg über, in dem zwar - nach dem Lehrbuch- Deutschland eine gewisse Rolle spielte, aber vor allem hat uns die Sowjetunion überfallen, die seit 1945 Polen okkupierte, trotz der heldenhaften Anstrengungen der "unbeugsamen Soldaten " und der "legalen Londoner Regierung". Die Menschen in der VRP ächzten in der Sklaverei und ernährten sich allein von den Karten für Fleisch. Aus dieser Okkupation befreite uns der Priester Popieluszko und der größte Pole in der Geschichte war Johannes Paul II. Die heldenhafte amerikanische Armee kämpfte tapfer in Vietnam und brachte den Vietnamesen die Befreiung vom Kommunismus. Das ganze Lehrbuch ist voller solcher Blüten. Ich habe es zugeknallt, ich war einfach bestürzt. Das ist Gehirnwäsche für künftiges Kanonenfutter."¹¹⁹

Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung kommt bei der Umsetzung der Geschichtspolitik der

118 Płużański, Tadeusz: Jaka powinna być polityka historyczna Polski. In: Biuliyten IPN 4/20107. S. 92ff.

119 Przegląd 43/2017. S. 5

PiS dem Museumswesen zu. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang das bereits vor dem Wahlsieg der PiS 2015 in Warschau eröffnete "Museum des Warschauer Aufstandes". Geschaffen wurde es auf Initiative des damaligen Stadtpräsidenten Warschaus, Lech Kaczyński. Die inhaltliche Gestaltung folgt in vollem Umfang den genannten Leitlinien der Geschichtspolitik der PiS, d. h. unübersehbar der in diesem Sinne erfolgten Auswahl beziehungsweise Weglassung von Fakten und Wertungen. Völlig neu errichtet wurde in Danzig nach längerem Ringen um die inhaltliche Ausgestaltung das "Museum des II. Weltkrieges". Vor wenigen Wochen erst geriet es erneut in die Schlagzeilen, da der Gründungsdirektor des Museums, Prof. Machcewicz, mit der Begründung, dass das bisherige Konzept die Rolle Polens (als das am meisten betroffene Opfer des Krieges) und die polnische Sicht auf das Geschehen völlig ungenügend präsentiere, in einem Aufsehen erregenden Verfahren und unter landesweitem Protest ausgewiesener Historiker durch den Minister für Kultur mit sofortiger Wirkung entlassen wurde.¹²⁰

Die Rolle des "Instituts für das nationale Gedenken" (IPN) im System der Instrumente zur Umsetzung der Geschichtspolitik ist bereits mehrfach erwähnt worden. Sein Einfluss, gestützt auf eine großzügige materielle Basis, die landesweit Zweigstellen in allen Wojewodschaften einschließt mit sogenannten "Büros für öffentliche Erziehung" und kostenfreier Verteilung des Bulletins des Instituts an Schulen, kann nicht unterschätzt werden. Und schließlich ist bei dem Blick auf das Instrumentarium der Umsetzung der Geschichtspolitik der PiS nicht der Hinweis auf die seit der Smolensker Flugzeugkatastrophe an jedem 10. eines Monats in Warschau vom Vorsitzenden der PiS, Jarosław Kaczyński, bis zum 10. April 2018 organisierte Gedenkveranstaltung für die Opfer der Flugzeugkatastrophe, die so bezeichneten "miesięcznicy", zu erwähnen. Nebenbei handelte es sich bei der letzten um die 96. Veranstaltung vor dem Warschauer Sitz des Staatspräsidenten, wobei nicht vergessen wurde, darauf hinzuweisen, dass damit symbolträchtig jedes der 96 Todesopfer der Katastrophe in das ehrende Gedenken einbezogen wurde. Auf die damit engstens verbundene Pflege des Kults um Lech Kaczyński sei hier nur am Rande verwiesen, es wäre dies ein den Rahmen des hier zu behandelnden Themas völlig sprengendes Unterfangen.

Hauptrichtungen der Umschreibung der Geschichte im Sinne der Geschichtspolitik der PiS

Es ist, um es vorweg einzuräumen, ein sehr schwieriges Unterfangen, in dem verfügbaren zeitlichen Rahmen wesentliche Richtungen des Um- und Neuschreibens der Geschichte Polens zu charakterisieren. Viele der gegenwärtig die Geschichtspolitik der PiS bestimmenden Sichten auf die Vergangenheit und Gegenwart Polens sind ineinander verzahnt und greifen auf teilweise lange zurückreichende Betrachtungsmuster, Mythen, Legenden und Stereotype zurück. Andere integrieren sehr bewusst religiös geprägte Narrative oder im aktuellen Politikbetrieb eine dominierende Rolle spielende Positionen, wie etwa einen abgrundtiefen Antikommunismus und Antirussismus. Es ist kein Zufall, dass vor wenigen Wochen eine sehr aufschlussreiche und faktenreiche Publikation des Deutschen Polen-Instituts erschienen ist, die sich ganz speziell dem Problem der Mythen und ihrer Rolle im Bewusstsein der gegenwärtigen Gesellschaft in Polen zuwendet.¹²¹

Einen zentralen Platz nimmt in der PiS-gesteuerten Geschichtspolitik das Bestreben ein, die Rolle und Bedeutung Polens als eine von allem Anfang an großartige, erfolgreiche, Stolz begründende, zu jeder Zeit für Europa unverzichtbare, weil dessen Sicherheit und Identität als im Glauben feste katholische Nation und damit Bastion gegen den barbarischen Osten festzuschreiben. Dem im 19. Jahrhundert von bekannten Schriftstellern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, genannt seien insbesondere Mickiewicz und Krasinski, begründeten Mythos von Polen als dem "Christus Europas", d. h. das bis in die Gegenwart hinein fortwirkende Bild

120 In diesem Zusammenhang sei auf eine bemerkenswert instruktive Analyse der Kulturpolitik der PiS verwiesen: Kaluza, A.: Stolz auf Polen. Das Ringen um das patriotische Narrativ in Polens Kulturpolitik nach 2015. In: Polen Analysen. Nr. 219 (05.06.2018). S. 2 ff. (www.laender-analysen.de/polen)

121 Jahrbuch Polen 2018. Band 29/Mythen. Herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt. Harrassowitz Verlag Wiesbaden. 2018. 229 S. (Im Folgenden: Jahrbuch Polen 2018)

Polens als einerseits in vergangenen Zeiten europäischer Großmacht und zugleich der Märtyrer Europas und Messias, wird in der Geschichtspolitik der PiS eine große Bedeutung zugemessen. In zahlreichen Publikationen in der PiS nahestehenden Medien, nicht zuletzt im gegenwärtigen Filmschaffen, spielt dies als wichtiges Element zur Stärkung des Nationalbewusstseins der heranwachsenden Generation eine erhebliche Rolle.

Dabei wird in vielfältiger Weise die Smolensker Flugzeugkatastrophe vom 10. April 2010 in verschiedenen Zusammenhängen und Stoßrichtungen als neuer Mythos systematisch ausgebaut. Es geht dabei nicht nur um vielfältige Versuche, die Katastrophe umzudeuten in einen gemeinsam von den damaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk und Wladimir Putin zu verantwortenden gezielten Anschlag auf das Leben des Staatspräsidenten Polens und seiner hochrangigen Begleitung. Entgegen den gründlich erarbeiteten Berichten polnischer und russischer Untersuchungskommissionen sind von Gremien, die in direktem Auftrag von PiS-Funktionären (eine bestimmende Rolle spielte dabei der ehemalige Verteidigungsminister Antoni Macierewicz) aus internationalen "Experten" (deren Qualifikation für diese Tätigkeit in einem Fall z.B. darauf gestützt wurde, dass er sich in seiner Jugend intensiv mit Flugzeugmodellbau beschäftigt hatte) zusammengestellt wurden, die in verschiedenen Varianten "Nachweise" dafür "erarbeitet" haben, dass der Anschlag durch eine oder gar mehrere Explosionen im Flugzeug in der Schlussphase des Landeanflugs erfolgte. Diese Darstellung des tragischen Geschehens erwies sich als sehr geeignet, die seit langer Zeit unterschwellig in der polnischen Gesellschaft vorhandenen antirussischen bzw. antisowjetischen Aversionen weiter zu befördern. Höhepunkt der Kampagne wurde schließlich die Produktion eines Filmes mit dem schlichten Titel "Smolensk", der zu einem Aufsehen erregenden cineastischen Höhepunkt hochstilisiert wurde. Der polnische Journalist Cezary Michalski schrieb dazu: "Damit der Flugzeugabsturz von Smolensk die Dynamik der politischen und gesellschaftlichen Prozesse in Polen ändern konnte, durfte er nicht einfach nur der tragischste Verkehrsunfall in der polnischen Geschichte bleiben, sondern musste zu einem Anschlag und in die polnische Tradition des Märtyrertums eingereiht werden – neben den Verbrechen von Katyn und den vielen blutig niedergeschlagenen polnischen Aufständen. Und die Opfer dieses Unfalls mussten Märtyrerstatus erlangen. Der konservativste Teil der polnischen Kirche wiederum kam zu dem Schluss, der Smolensk - Mythos sei das einzig effektive Mittel im Kampf gegen die »aus Brüssel heraufziehende« Säkularisierung. Am deutlichsten sprach das wenige Tage nach dem Absturz der junge und charismatische katholische Publizist Tomasz Terlikowski aus, der von vielen konservativen Bischöfen und Priestern als repräsentative Stimme eines neuen, traditionalistischeren und antieuropäischen polnischen Katholizismus angesehen wird. Terlikowski schrieb: »Wir wollten vor der uns von Gott auferlegten Mission in die 'Normalität' des Westens entfliehen. Wenn das so war, dann ist diese Tragödie eine deutliche Erinnerung daran, dass es uns nicht gegeben sein wird, ein 'normales' Volk zu sein, das in aller Seelenruhe leben kann, sondern dass der Herrgott von Zeit zu Zeit einen Blutzoll von uns fordert.« Fasziniert von Jarosław Marek Rymkiewicz und dessen in den "Kinderszenen" entwickelter Theorie vom Massaker als dem wichtigsten Anker, der die Polen an die eigene nationale Identität bindet, schrieb der junge Dichter Wojciech Wencel kurz darauf in einem Gedicht: »Noch ist Polen nicht verloren, solange wir sterben.«¹²². Einzugliedern in diesen Zusammenhang ist die Tatsache, dass seitens der PiS-Führung und ihrer Anhänger mittlerweile von den prominenten Opfern der Flugzeugkatastrophe vornehmlich als von den "gefallenen Helden" gesprochen wird.

Der, wie erwähnt, in diesem Zusammenhang intensiv neu angestachelte Antirussismus fand seinen Niederschlag in einer kaum noch überschaubaren Flut von Versuchen, in den PiS gesteuerten Medien die Sicht auf die polnisch-russischen Beziehungen total umzuwerten. Dominierend wird das Bild gezeichnet, dass mit dem 1939 unterzeichneten deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag ein "Bündnis" zwischen Stalin und Hitler zur gemeinsamen Vernichtung der polnischen Staatlichkeit geschlossen wurde. Die Geschichtspolitik der PiS verzichtet vollständig auf eine Bewertung der polnischen Außenpolitik in der zweiten Hälfte der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts.¹²³ Im Rückblick auf die Vorkriegszeit und die nachfolgenden Jahre

122 Michalski, Cezary: Der Mythos in der polnischen Politik nach 1989. In: Jahrbuch 2018, S. 18 f.

123 Ausführlicher dazu: Mehls, Eckart: Polen zwischen Hitlerdeutschland und Sowjetunion

wird die Sowjetunion ausschließlich als "Aggressor" und "Okkupant" (von 1944 bis 1989) gekennzeichnet, von Befreiung Polens könne daher keine Rede sein. Dieser Sicht entsprechend wird inzwischen in zunehmend grotesker Weise der Existenz der "Volksrepublik Polen" als Bestandteil polnischer Staatlichkeit jegliche Berechtigung abgesprochen. Vor kurzer Zeit häuften sich, z. B. im Zusammenhang mit der urplötzlich erhobenen Forderung nach Reparationszahlungen Deutschlands und dem Rückblick auf den März 1968, Erklärungen von Verfassungsorganen Polens, dass es, wie Ministerpräsident Morawiecki in Berlin und München erklärte, 1968 gar keinen polnischen Staat gegeben habe. Und in kritischer Analyse der Diskussion um einen Senatsbeschluss über die antisemitische Welle in Polen 1968, in dem als Verantwortliche nicht die polnische Nation, sondern "Kommunisten nicht näher zu bestimmender Nationalität" genannt werden, fasste der polnische Historiker Prof. Jacek Leociak zusammen: "Dies ist ein weiteres Beispiel der vom PiS-Lager betriebenen falschen Geschichtspolitik. Die Geschichte Polens wird selektiv behandelt, sie erinnert an Schweizer Käse. Der Staat existierte nur in glorreichen Momenten, z. B. wenn auf Schlachtfeldern Siege errungen wurden oder als der Kardinal Wojtyła zum Papst gewählt wurde. Im Juli 1946 (Pogrom in Kielce) und März 1968 hingegen gab es den Staat gar nicht."¹²⁴

Ein eng mit dieser schizophrener Sicht auf die VRP als "nichtpolnisches Polen" verbundenes Element der Geschichtspolitik der PiS erweisen sich zunehmend Versuche, auch die Geschichte und unmittelbare Vorgeschichte der III. Republik umzuschreiben. Es geht dabei im Grunde genommen darum, einen dominierenden Gründungsmythos der III. Republik fest im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern, der den realen Verlauf der Geschichte nach 1989 und die Rolle der im neu erstandenen unabhängigen Polen agierenden Persönlichkeiten völlig neu bewertet. Verleumdungen und Umwertungen z. B. der Rolle des "Runden Tisches" 1989 spielen dabei eine herausragende Rolle. Es geht dabei insbesondere um eine völlige Umdeutung der "Solidarność

" und der mit ihrem Wirken verbundenen Persönlichkeiten. Sicherlich bekannt sind die verleumderischen Angriffe auf Lech Wałęsa, nicht so bekannt ist wahrscheinlich das Bemühen, die große Rolle der Brüder Kaczyński in den Vordergrund zu rücken. Hauptangriffspunkt ist die These, dass es überhaupt ein großer Fehler der damals agierenden Oppositionspolitiker gewesen sei, sich mit den "Kommunisten" an einen Tisch zu setzen, hätten jene doch bereits völlig mit dem Rücken an der Wand gestanden und somit seien Kompromisse absolut unnötig gewesen. Es wird dabei bewusst negiert, dass das reale Kräfteverhältnis ein völlig anderes war, die kolportierte These von der "gestohlenen Revolution" erweist sich als eine bewusste Täuschung, um behaupten zu können, dass damit der "Postkommune", wie es heißt, in der III. Republik Entfaltungs- und Wirkungsmöglichkeiten verschafft wurden, die in der Zeit der Ausübung der Regierungsgewalt der Vorgängerregierungen fast zu einer bedrohlichen Staatskrise geführt haben. Diese konnte durch den Machtantritt der PiS an voller Entfaltung gehindert werden. So weit in einer sehr stark verkürzten Fassung zu dieser Problematik.¹²⁵

In diesem Zusammenhang komme ich noch einmal auf die in der Geschichtspolitik der PiS bereits weiter oben erwähnte Rolle des eng mit der Russophobie als Staatsdoktrin der III. Republik, so Bronisław Łagowski¹²⁶, verbundenen Antikommunismus zurück. Bereits während der ersten Regierungszeit der PiS umriss J. Kaczyński, seinerzeit Ministerpräsident, in einer Rede vor Mitarbeitern des IPN die Rolle des Antikommunismus als Grundbestandteil der Politik der PiS wie folgt: "Die polnische Demokratie und die polnische Unabhängigkeit müssen naturge-

1933 -1939. In: GeschichtsKorrespondenz. Mitteilungsblatt des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE. 20 (2014) 4 (Oktober 2014). S. 14-24.

124 Marcowa uchwała senatora Żaryna. W '68 Polski nie było.

<http://wyborcza.pl/7,75398,23074775,marcowa-uchwala-senatora-zaryna-w-68-polski-nie-bylo.html>

125 Siehe Anm. 12 (bzw. 121)

126 Łagowski, B.: Rusofobia to jest obecnie ideologia państwowa.

<http://wiadomosci.onet.pl/tylko-w-onecie/prof-bronislaw-lagowski-rusofobia-to-jest-obecnie-ideologia-panstwowa/51vhw>

mäß antikommunistisch sein.... Man kann nicht Demokrat sein und gleichzeitig ein tolerantes Verhältnis zum Kommunismus haben. Man kann nicht Anhänger der polnischen Unabhängigkeit sein und sich dem Kommunismus gegenüber tolerant verhalten. Das, was das IPN heute leistet, ist, sich dem entschieden entgegen zu stellen. Das ist die Gestaltung eines echten polnischen nationalen und demokratischen Bewusstseins. Das ist nicht in Übereinstimmung zu bringen mit einer wie auch immer gearteten Akzeptanz verschiedener Formen des Totalitarismus, und in Polen war das über Jahrzehnte der kommunistische Totalitarismus."¹²⁷ Diese grundsätzliche Positionsbestimmung war auch nach dem Ende der ersten PiS-Regierung Richtschnur und Bestandteil der Politik der staatlichen Organe der Republik Polen, allerdings in unterschiedlich ausgeprägter Schärfe in den verschiedenen Ebenen staatlichen und kommunalen Handelns. So drohte der 2010 neu gefasste § 256 des polnischen Strafgesetzbuchs Geldstrafen und Freiheitsstrafen bis zu 2 Jahren an, "wer öffentlich eine faschistische oder andere totalitäre Staatsordnung propagiert oder zum Hass auf der Grundlage von nationalen, ethnischen, rassistischen oder weltanschaulichen Unterschieden...aufruft".

Eine extreme Ausprägung erfuhr die von abgrundtiefem Hass geprägte antikommunistische Komponente der offiziellen Politik des polnischen Staates allerdings nach dem erneuten Wahlsieg der PiS 2015. Da es den Regierenden offenbar nicht ausreichte, das Land mit einer Flut von antikommunistischen und antisowjetisch/antirussischen Publikationen, Reden, Losungen auf Demonstrationen und ähnlichen Versuchen der "Bewusstseinsbildung" zu überziehen, griff man zu aus Regierungssicht offenbar für wirksamer gehaltenen Maßnahmen, in erster Linie gesetzlichen Mitteln. Am 1.6.2016 verabschiedete der Sejm das berüchtigte Gesetz über das "Verbot der Propagierung des Kommunismus oder anderer totalitärer Systeme durch Namen von Gebäuden, Objekten und anderer Einrichtungen öffentlicher Nutzung"¹²⁸. Dem folgte am 14.12.2017 ein Änderungsgesetz zur Präzisierung der zu beseitigenden Objekte und der Fristsetzung zum Beginn der Aktion bis zum 31.3.2018. Um allen Missverständnissen vorzubeugen, veröffentlichte unter Bezugnahme auf die gesetzlichen Vorschriften das IPN einen Katalog der "in der gegenwärtigen Etappe" obligatorisch der Beseitigung unterliegenden Objekte.¹²⁹ Aufgeführt werden darin im Einzelnen folgende Objekte, wobei die Aufzählung als nicht vollständig bezeichnet wird. Genannt werden folgende Kategorien:

1. Der Roten Armee gewidmete Denkmäler, einschließlich aller Denkmäler der Dankbarkeit, Brüderlichkeit und sowjetischer Partisanen
2. Den Funktionären der Polnischen Arbeiterpartei gewidmete Denkmäler
3. Der Gwardia Ludowa/Armia Ludowa gewidmete Denkmäler
4. Dem Kampf gegen den Polnischen Unabhängigkeits-Untergrund nach 1944 durch Institutionen Volkspolens und der UdSSR gewidmete Denkmäler
5. Den Funktionären Volkspolens oder kommunistischen Funktionären anderer Länder gewidmete Denkmäler
6. Der Kommunistischen Partei Polens gewidmete Denkmäler
7. Den aus Anlass von Jahrestagen Volkspolens gewidmete Bauten und Objekte

Hinzuzufügen ist dem, dass auch alle Namen von Plätzen und Straßen, die in Verbindung mit den genannten Kategorien stehen, umzubenennen sind, notfalls auf Weisung der Wojewoden, falls die Kommunen nicht dazu bereit sind.

Es bleibt mir hier aus Zeitgründen nur noch die Möglichkeit, von den vielen Kapiteln, die zur Charakterisierung der Geschichtspolitik der PiS zu berühren wären, nur noch eine aus meiner Sicht herausragende Ebene des Umschreibens der Geschichte Polens etwas näher zu beleuchten. Dass die eigene Staatlichkeit und Unabhängigkeit Polens im gesellschaftlichen Bewusst-

127 Premier w IPN. In: Biuletyn IPN 3/2007. S. 3

128 USTAWA z dnia 1 kwietnia 2016 r.o zakazie propagowania komunizmu lub innego ustroju totalitarnego przez nazwy budowli, obiektów i urządzeń użyteczności publicznej. In: DZIENNIK USTAW RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ. Warszawa, dnia 1 czerwca 2016 r. Poz.744

129 <http://ipn.gov.pl/pl/upamietnianie/dekomunizacja/dekomunizacja-pomnikow/45390,Komunikat-w-sprawie-usuwania-z-przestrzeni-publicznej-pomnikow-propagujacych-kom.html>

sein unseres Nachbarlandes einen hohen Stellenwert besitzt, ist bekannt und verständlich. Dass dies aber zu einem absolut dominierenden Wert für die Sicht auf die Geschichte des Landes und zu einem Ausschließlichkeit beanspruchenden Kriterium für die Beurteilung der in der Vergangenheit Handelnden erhoben wird, kann nicht anders als ein unverantwortlicher und brutaler politischer Akt der Vergewaltigung der realen Geschichte des Landes bewertet werden. Deutlichster Ausdruck dessen ist die gegenwärtig gehandhabte Praxis, alles, was nach Meinung der Herrschenden, und seien es noch so zweifelhafte oder gar verbrecherische Handlungen, dem gebotenen Streben nach Unabhängigkeit zuzuordnen sei, als patriotisch, heldenhaft, bewunderns- und bewahrenswert zu bewerten. Mit riesigem Aufwand wird ein Kult der sog. "verfemten Soldaten" gestaltet und propagiert, also jener Kämpfer verschiedener Organisationen und Einheiten des "Unabhängigkeitsuntergrundes", die sich teilweise mit ungehemmter Brutalität und auch verbrecherischen Methoden der Errichtung der volksdemokratischen Ordnung in Polen entgegenstellten und bis zur Mitte der 50er Jahre in den Waldbieten Polens einen unerbittlichen Kampf gegen die nach der Befreiung des Landes den Wiederaufbau tragenden Kräfte führten. Dies geht so weit, dass der gegenwärtige Ministerpräsident in München an den Grübern einer Einheit, die nachgewiesenermaßen in ihrem Kampf gegen sowjetische Partisanen und an der Seite der Roten Armee kämpfenden polnischen bewaffneten Kräfte mit den faschistischen Besatzern kooperierten, in ehrendem Gedenken Blumen niederlegte. Die Kehrseite ist die Verleumdung und nachträgliche Bestrafung (u.a. durch Aberkennung ihres vorherigen Kombattantenstatus) der Kämpfer der sog. Berling-Armee. Ihre opferreiche Teilnahme am Kampf für die Befreiung ihres Vaterlandes wird als Verrat an Polen diskreditiert, während zugleich die Kämpfer des "Unabhängigkeitsuntergrundes" durch die Einführung eines speziellen Gedenktages (1. März jeden Jahres) geehrt werden.

Einzuordnen in diese Politik ist das jüngst vom Parlament beschlossene Gesetz über die Degradierung von Militärangehörigen, die in der Zeit von 1943 – 1990 die polnische Staatsräson vertrat haben.¹³⁰ Es ermöglicht, Personen den militärischen Rang abzuerkennen, die, wie es im Gesetz heißt, "auf der Grundlage der totalitären kommunistischen Ideologie die Armee gegen das eigene Volk führten... und in den Jahren 1943 – 1990 die polnische Staatsräson verrietten". Ausdrücklich werden mit dem Gesetz allen Mitgliedern des "Militärrates der Nationalen Rettung" mit sofortiger Wirkung die militärischen Ränge aberkannt.

Damit werden zugleich die Kämpfer der sog. Berling Armee, die unter schweren Opfern einen bedeutenden Beitrag zur Befreiung Polens und, was nicht vergessen werden sollte, auch Deutschlands, der Kategorie der "Verräter" zugeordnet, die sich angeblich in den Dienst "Fremder", und damit sind nach PiS-Lesart die sowjetischen Okkupanten gemeint, stellten, während den an der Westfront und an anderen Kriegsschauplätzen kämpfenden Polen selbstverständlich der Status von "Unabhängigkeitskämpfern" zugestanden wird. Dieser skandalösen Abwertung und Verleumdung der für die Befreiung Polens und Deutschlands an der Seite der sowjetischen Streitkräfte kämpfenden polnischen Soldaten widmete die bereits mehrfach erwähnte Zeitschrift "Przegląd" das Titelblatt der Nummer 17-18 (23.04.-06.05.2018) mit einem Bild der "Kościuszkowcy" und dem nicht weiter kommentierten Text: "Verfemt von der PiS. 17.500 Gefallene / 10.000 Vermisste / 40.000 Verwundete. Sie schlugen sich für Polen, aber heute nimmt man ihnen die Ehre und die Altersversorgung".

Zu dieser Problematik äußerte sich vor einigen Jahren in den publizierten Ergebnissen der Arbeit der russländisch-polnischen Historikergruppe zu den schwierigen Problemen in den gegenseitigen Beziehungen Valentina Parsadanova, gewiss sehr polemisch, wie folgt: "In Polen begann eine Propagandakampagne zur Verfälschung des Geschehens von Lenino und zur Diskreditierung der sowjetischen Formationen sowie der unter der Führung von General Berling kämpfenden Soldaten; diese Kampagne griffen die polnischen reaktionären Kräfte auf. Leider verstummt sie bis heute nicht. Den Soldaten, die kämpfend die polnischen Fahnen nach Warschau und Berlin trugen, wird die Einnahme eines Klosters in Italien, fernab von Polen, entgegengestellt – fast der einzige Kampferfolg der Einheiten unter General Anders, die bis nach

130 USTAWA z dnia 6 marca 2018 r. o pozbawianiu stopni wojskowych osób i żołnierzy rezerwy, którzy w latach 1943–1990 swoją postawą sprzeniewierzyli się polskiej racji stanu,

Bologna kamen¹³¹

[Alle Übersetzungen aus dem Polnischen vom Autor]

131 Parsadanova, Valentina S.: Polityka i jej skutki. In: Białe plamy-czarne plamy. Warszawa 2010. S. 399 f.

Veranstaltung des Arbeitskreises 2018

Donnerstag, Was lehren Lenins letzte Arbeiten?

22. November Einführung: Prof. Dr. Eckhard Trümpler

Die Veranstaltung beginnt um **15.00 Uhr**. Sie findet im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin- Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

Verbindung zu den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft, Wien*

Wie unserer August-Ausgabe (2/2018) zu entnehmen war, besteht die Möglichkeit, Beiträge in den *Mitteilungen* zu platzieren, z. B. Rezensionen von Neuerscheinungen aus unserem Umfeld. Herausgeber/Redaktion sind wie folgt erreichbar:

Alfred Klahr Gesellschaft, Drechslergasse 42, 1140 Wien

Tel.: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin,
Tel. 030-65 970 79

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin
Tel. 030-98 665 74